Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb
EWL Landau in der Pfalz

Jahresabschluss 2009

Lagebericht
Vorstand

Inhaltsverzeichnis

1. Allgemeiner Lagebericht 3

1.1. Darstellung des Geschäftsverlaufs 3
1.2. Darstellung der Lage 3
1.3. Entwicklung 3

2. Lagebericht Betriebszweig Abwasserbeseitigung 4

2.1. Darstellung des Geschäftsverlaufs 4
2.2. Darstellung der Lage 4
2.3. Entwicklung 6

3. Lagebericht Betriebszweig Abfallentsorgung 7

3.1. Darstellung des Geschäftsverlaufs 7
3.2. Darstellung der Lage 9
3.3. Entwicklung 9

4. Lagebericht Betriebszweig Straßenreinigung 11

4.1. Darstellung des Geschäftsverlaufs 11
4.2. Darstellung der Lage 11
4.3. Entwicklung 12

5. Lagebericht Betriebszweig Bauhof 13

5.1. Darstellung des Geschäftsverlaufs 13
5.2. Darstellung der Lage 13
5.3. Entwicklung 13

1. Allgemeiner Lagebericht

1.1. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Der Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau wurde zum 01.01.2009 neu gegründet. Hierzu beschloss der Rat der Stadt Landau am 09.12.2008 eine Satzung, mit der der Eigenbetrieb Entsorgungswerke Landau in eine Anstalt des öffentlichen Rechts umgewandelt wurde. Durch die Umwandlung sollen schnelle Anpassungsmöglichkeiten an die Erfordernisse eines modernen Entsorgungsbetriebs und eine gute Ausgangsbasis für interkommunale Zusammenarbeit geschaffen werden.

Die Stadt Landau hat ca. 44.690 Einwohner[1]. Der EWL ist für die hoheitlichen Aufgaben der Abwasserbeseitigung und der Abfallentsorgung sowie für die Straßenreinigung und den Bauhof zuständig. Für die vier Bereiche wurden eigene Betriebszweige mit eigener Rechnungslegung gebildet. Die rechtlichen Grundlagen sind in der Anlage 8 dokumentiert.

Die im Wirtschaftsplan enthaltenen Investitionen im Bereich der Kanalsanierung konnten nicht planmäßig umgesetzt werden. Hauptursache hierfür war die Einführung der wiederkehrenden Straßenausbaubeiträge bei der Stadt Landau. Größtes Einzelprojekt war die Erneuerung der Kanalisation einschließlich der Hausanschlüsse in der Rheinstraße. Weitere Ausführungen können den einzelnen Unterabschnitten entnommen werden.

1.2. Darstellung der Lage

Die wirtschaftliche Lage des Betriebes ist gut. Es konnten die langfristigen Verbindlichkeiten planmäßig getilgt und die notwendigen Investitionen ohne externe Kreditaufnahme finanziert werden. Von dem bisherigen Grundsatz einer verlässlichen kontinuierlichen Gebührenentwicklung soll auch zukünftig nicht abgewichen werden.

1.3. Entwicklung

In Rheinland-Pfalz werden die Verwaltungsstrukturen der Gebietskörperschaften auf ihre Effektivität und Effizienz untersucht. Es wird vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung zumindest eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den benachbarten Gebietskörperschaften gefordert. Mit der

Überführung des Eigenbetriebs in eine Anstalt des öffentlichen Rechts wurde eine gute Ausgangsbasis.

Während für die Betriebszweige Straßenreinigung und Abwasserreinigung die Risiken überschaubar, selbst steuerbar und kalkulierbar sind, sieht die Situation für die Betriebszweige Bauhof und Abfallbeseitigung komplexer aus. Das Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz wird 2010 novelliert. Hier können sich weitreichende Änderungen für die Abfallwirtschaft ergeben.
Der Bauhof befindet sich im Wettbewerb mit privaten Unternehmen. Hier besteht ein großer Unterschied bei der Vergütung des eingesetzten Personals zu Ungunsten der öffentlichen Betriebe. Nur durch Effizienzsteigerungen und durch hohe Qualität bei der Aufgabenerledigung wird der Bauhof die Leistungserbringung sichern können.

Das größte Risiko stellt allerdings die Mitgliedschaft im Zweckverband Abfallverwertung Südwestpfalz (ZAS) mit der Andienungspflicht von Restabfällen zur Verbrennung im Müllheizkraftwerke (MHKW) Pirmasens dar. Durch die aktuelle Finanz- und die dadurch ausgelöste Wirtschaftskrise gingen bundesweit die Abfallströme zur Verbrennung erheblich zurück. Dies kann das MHKW Pirmasens aufgrund seiner hohen Verbrennungsentgelte erheblich treffen, mit dem Ergebnis, dass für die Mitglieder des ZAS die Entgelte auf ein noch höheres Niveau steigen werden.

Die Stadt Landau hat den Zuschlag zur Durchführung der Landesgartenschau 2014 erhalten. Dabei soll der EWL als „städtischer Projektentwickler" auftreten. Hierzu wurde mit Beschluss des Stadtrates vom 09.03.2010 ein neuer Betriebszweig gegründet. Die zugehörige Projektabteilung LAGA 2014 wird am 01.07.2010 ihre Arbeit aufnehmen. Aufgabe ist es die Investitionen im Umfeld zur Landesgartenschau herzustellen.

2. Lagebericht Betriebszweig Abwasserbeseitigung

2.1. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Der Geschäftsverlauf blieb gegenüber dem Vorjahr weitgehend unverändert. Die Abwassergebühren können konstant gehalten werden.

[1] Einwohner zum 01.06.2009 mit Erst- und Zweitwohnsitz

Die Sanierung der Kanäle wurde weitgehend entsprechend dem 5-Jahresplan (Abwasserbeseitigungskonzept) durchgeführt. Da die Stadt auf wiederkehrende Beiträge im Straßenbau umgestellt hat, konnten im Jahr 2009 nur Kanalbaumaßnahmen durchgeführt werden, die bis zum 31.12.2009 schlussgerechnet wurden. Dies führte zu einem reduzierten Umfang der Kanalsanierungsmaßnahmen. Die überhängigen Maßnahmen werden 2010 ausgeführt.

Die Videountersuchung der restlichen Sammler wurde abgeschlossen und die Untersuchungen wurden ausgewertet. Die Sanierung der dabei erkannten schweren Schäden ist für 2012 vorgesehen. Die Sammler des Landauer Kanalnetzes sind nun zu 100% innerhalb des gesetzlich vorgegebenen 10-Jahreszeitraumes untersucht worden.

Auf der Kläranlage Mörlheim wurde 2008 die elektrische Schaltanlage bewertet. Die Untersuchung ergab, dass die Schaltanlage neu zu erstellen ist. Im Jahr 2009 erfolgte die Planung für die Niederspannungshauptverteilung.

Die Planung für den verfahrenstechnischen Umbau der Kläranlage Mörlheim ergab einen Kostenrahmen von rd. 3,1 Mio. € gegenüber ursprünglich angenommenen 0,7 Mio. €. Die Planung wird mit dem Ziel der Kostenoptimierung überarbeitet.

Der Klärschlamm konnte im Berichtsjahr vollständig in der Landwirtschaft verwertet werden. Die AOX[2]- und Zink-Konzentrationen im Klärschlamm liegen weiterhin ca. 40% unter dem Grenzwert. Bei den übrigen Schadstoffen sind keine Besonderheiten aufgetreten.

2.2. Darstellung der Lage

Im Berichtjahr 2009 hat der Betriebszweig Abwasserbeseitigung Umsatzerlöse von 6.393 T€ (i.Vj.: 6.266 T€) erzielt. Es ergab sich ein Jahresgewinn von 862.907,03 € (i.Vj.: 594.854,63 €). Der Betriebszweig Abwasserbeseitigung verfügt über ein Sachanlage- und Finanzanlagevermögen in Höhe von 65.373 T€ (i.Vj.: 65.652 T€) und über ein Eigenkapital einschließlich Empfangene Ertragszuschüsse von 67.897 T€ (i.Vj.: 67.740 T€).
Die Investitionen in das Kanalnetz betrugen 2.119 T€ (i.Vj.: 3.187 T€).

[2] AOX: Adsorbierbare Organisch gebundene Halogene.

Weitere Angaben zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben sich aus den Erläuterungen zum Jahresabschluss 2009.

2.3. Entwicklung

Das laufende 5-Jahresprogramm der Kanalsanierung wird voraussichtlich 2012 abgeschlossen sein. Die Entwicklung eines Konzeptes für die leichteren Schäden wurde begonnen. Die Planungsleistungen für die Konversion von Estienne & Foch wurden EU-weit ausgeschrieben und vergeben. Die Planung wurde begonnen.

Die Erneuerung des Blockheizkraftwerkes und der Niederspannungshauptverteilung erfolgt 2010. Die Kosten hierfür werden auf 1 Mio. € geschätzt. Die Planung für den Umbau der Kläranlage wird 2010 modifiziert und die Genehmigung beantragt.

3. Lagebericht Betriebszweig Abfallentsorgung

3.1. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Die Stadt Landau führt schon jahrelang das interkommunale Benchmark der Städte in Rheinland-Pfalz in Bezug auf Verwertungsquote an, wie in den Landesabfallbilanzen Rheinland-Pfalz, zuletzt 2008, dokumentiert. Durch die sehr hohe Verwertungsquote der Landauer Haushalte ergibt sich ein relativ niedriger Anfall von Restabfall, der bei ca. 113,5 kg pro Einwohner und Jahr liegt. Im Vergleich hierzu liegt der Durchschnitt in Rheinland-Pfalz bei 161,5 kg pro Einwohner und Jahr.

Weiter wichtige Aussagen aus der Landesbilanz bezüglich der Abfallverwertung sind:
Die Verwertungsquote liegt 7 % über dem Landeswert von 65%. Insgesamt wurden 357 kg pro Einwohner und Jahr an verwertbaren Stoffen erfasst. Annähernd die Hälfte sind getrennt gesammelte Bio- und Gartenabfälle. Die restliche Menge setzt sich aus Verpackungswertstoffen der dualen Systeme sowie aus Anlieferungen an dem Entsorgungszentrum (Holz, Metall u. ä.) zusammen.

Im Einzelnen betrachtet ergeben sich folgende Stoffstrommengen:

Abfälle zur Beseitigung

Die Mengen der Haushaltsabfälle steigen entsprechend der positiven Bevölkerungsentwicklung in Landau. Mit einer Zunahme von 2% wurden 4.997 Mg eingesammelt. Bei den sperrigen Haushaltsabfällen zur Beseitigung wurde eine Steigerung von insgesamt plus 28% auf 1.370 Mg verzeichnet.
Bei den Abfällen aus anderen Herkunftsbereichen ergab sich ein uneinheitliches Bild. Während die Gewerbeabfälle exakt den Vorjahreswert (695 Mg) erreichten, reduzierten sich im gleichen Zeitraum die Baustellenabfälle um 18% auf 28 Mg. Da die Fraktion aber nur noch geringe Anteile am Gesamtstoffstrom ausmacht, ergeben sich aus den Mengenschwankungen keine Probleme für den Betriebsablauf.

Insgesamt ergab sich ein Anstieg der zu beseitigenden Abfälle gegenüber dem Vorjahr um rund 6% auf 7.090 Mg. Die Preise zur Beseitigung über den ZAS im MHKW Pirmasens beliefen sich auf 197,98 € pro Mg.

Abfälle zur Verwertung

- Bioabfälle

  Der Anteil der Bioabfälle stieg gegenüber dem Vorjahr um 2% auf 4.368 Mg an, die Grünschnittmengen stiegen stark um 28% auf 3.965 Mg. Durch Optimierung der Verwertungsverträge konnten erhebliche Einsparungen erzielt werden.

- Papier / Pappe / Karton

  Die PPK Mengen einschließlich der Anteile der dualen Systeme stiegen um 10% auf 4.120 Mg. Der Jahresverlauf war durch einen drastischen Preisverfall des Altpapiermarktes gekennzeichnet der zu einer Unterdeckung der Kosten führte.

- Altholz

  Die Altholzmengen aus Sperrabfällen stiegen stark um 17% auf 1.805 Mg an. Die Holzanlieferungen aus dem gewerblichen Bereich fielen dagegen um 37% auf 76 Mg ab.

- Bauschutt

  Die angelieferten Bauschuttmassen stiegen stark um rund 22% auf 41.843 Mg.

- Verpackungswertstoffe des Dualen Systems

  Die Verpackungswertstofffraktion (LVP) stieg um 2% auf 1.557 Mg, dagegen fielen die Glasmengen um 1% auf 1.181 Mg leicht ab.

  Die LVP und Glas wurden im Berichtsjahr von privaten Entsorgungsunternehmen im Auftrag der dualen Systembetreiber abgefahren

- Elektrogeräte

  Bezüglich der Elektroaltgerätesammlung ist die Stiftung Elektroaltgeräte Register noch immer nicht in der Lage uns Daten zu übermitteln. 125 Mg der Gruppe 1 (Haushaltsgroßgeräte) und der Gruppe 5 (Haushaltskleingeräte) wurden durch den EWL in Eigenregie mit einem positiven Erlös vermarktet.

Der Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb ist für zwei Altdeponiestandorte zuständig, die sich in der Nachsorgephase befinden. Die Deponie „Am Roten Weg“ und die Deponie „Arzheim“. Auf dem Gelände der Deponie „Arzheim“ wurden im Jahr 2009 Absaugversuche zur quantitativen und qualitativen Untersuchungen des anfallenden Deoponiegases durchgeführt. Nach Auswertung der Ergebnisse wurde in Abstimmung mit der Aufsichtsbehörde (Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd) 2010 eine Absauganlage mit Hochleistungsbiofilter installiert.

3.2. Darstellung der Lage

Im Berichtsjahr 2009 hat der Betriebszweig Abfallentsorgung Umsatzerlöse von 4.455 T€ (i. Vj.: 4.192 T€) erzielt. Dabei konnte ein Jahresgewinn von 445.727,22 € (i.Vj.: 598.411,05 €) realisiert werden. Der Betriebszweig Abfallentsorgung verfügt über ein Sachanlage- und Finanzanlagevermögen in Höhe von 7.672 T€ (i. Vj.: 7.944 T€) und über ein Eigenkapital einschließlich Empfangener Ertragszuschüsse von 9.402 T€ (i. Vj.: 8.983 T€).

Weitere Angaben zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben sich aus den Erläuterungen zum Jahresabschluss 2009.

3.3. Entwicklung

Aus Sicht des ZAS verschlechterte sich im Berichtsjahr die Marktsituation für Abfallanlieferungen von Dritten, was sich vorrausichtlich auch 2010 fortsetzten wird. Hintergrund ist ein wachsendes Angebot an Verbrennungskapazitäten in Deutschland. Verschärft wurde die Situation 2009 insbesondere durch die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Verbrennungsmengen im ersten Quartal 2010 liegen ungefähr in der geplanten Größenordnung. Der Verbrennungspreis wurde in Reaktion auf die Entwicklungen auf € 219,67 pro Mg erhöht.

Untersuchungen zur Optimierung des Restabfallsammelsystems haben ergeben, dass Bedarf an einer Verringerung des angebotenen Mindestrestabfallvolumens besteht. Die Einführung einer vierwöchentlichen Abholung bestimmter Restabfallgefäße in Verbindung mit einer elektronischen Gefäßidentifizierung befindet sich nach Zustimmung des Stadtrates am 25.05.2010 in der Umsetzung.

Die Spotmengenvermarktung im Rahmen der Bioabfallentsorgung wird auch 2010 umgesetzt. Entsprechende vertragliche Regelungen liegen vor, so dass eine erhebliche Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Bioabfallbehandlung erwartet werden kann. Der bestehende Kompostierungsvertrag wurde fristgerecht zum 31.12.2011 gekündigt.

Die Entwicklung des Altpapiermarktes stellt sich derzeit deutlich positiver als im Berichtsjahr dar, so dass wesentlich höhere Vermarktungspreise erzielt werden können. Tritt kein Preisverfall ein, ist mit einem positiven Erlös zu rechnen.

Im Allgemeinen ergeben sich wesentliche Änderungen der Stoffströme und damit wirtschaftlich relevante Sachverhalte aus gesetzlichen Änderungen im Rahmen der Umweltgesetzgebung. Derzeit ist im Zusammenhang mit der geplanten Novellierung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz eine äußerst kontrovers geführte Diskussion um mögliche Änderungen der bestehenden Erfassungszuständigkeiten zwischen privaten und öffentlichen Entsorgern in Gang. Zusätzlich wird eine Diskussion zur Mehrwertsteuerpflichtigkeit öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger geführt. Bei Änderung des Status quo kann dies die öffentlichen Betriebe negativ betreffen, mit der Folge, dass die Gebühren für die Bürger steigen werden.

Für die Weiterentwicklung der Bioabfallentsorgung werden die Ergebnisse der interkommunalen Studie von Bedeutung sein. Es ist davon aus zu gehen, dass durch die deutlich steigenden Energiepreise die Bioabfälle zu einem wichtigen Energielieferanten werden.

4. Lagebericht Betriebszweig Straßenreinigung

4.1. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Das attraktive Erscheinungsbild Landaus ist ein wichtiger Standortfaktor und vermittelt den Bürgern und Gästen auch ein Gefühl der Sicherheit. Es wird maßgeblich durch die Sauberkeit von Straßen und Plätzen beeinflusst. Der EWL kann dabei einen Teil der öffentlichen Straßenreinigung aktiv beeinflussen.

Aufgrund der Wichtigkeit des Themas in der öffentlichen Wahrnehmung wurde der Gesamtbereich der mit dieser Aufgabe betrauten Verwaltungseinheiten der Stadtverwaltung und des EWL einer Aufgabenkritik unterzogen. Die verwaltungsinternen Verfahrensabläufe wurden dabei auf ihre Zweckmäßigkeit und Ergebniswirksamkeit (Qualitätsanalysen zur Sauberkeit) untersucht. Der EWL moderierte und steuerte den gemeinsam mit der Stadtverwaltung Landau durchgeführten Prozess. Aus den hieraus gewonnenen Ergebnissen hat sich ein themenübergreifender „Arbeitskreis Stadtbildpflege" herausgebildet, der sich regelmäßig zu einem „Runden Tisch" trifft um Handlungskonzepte und Abstimmungen vorzunehmen.

Die Firma SITA Kommunal Service Süd GmbH ist mit der maschinellen öffentlichen Straßenreinigung beauftragt. Der Betriebszweig Bauhof ist mit der manuellen Reinigung der Fußgängerzone betraut.

Es wurden 2009 ca. 109.021 m Fahrbahn und 31.500 qm Fußgängerzone / Verkehrsberuhigter Bereich gereinigt. Zur Sicherstellung einer während der Reinigungszeit freien Fahrbahn mussten auch 2009 weitere stationäre Halteverbotsschilder mit zeitlicher Beschränkung aufgestellt werden.

4.2. Darstellung der Lage

Im Berichtsjahr 2009 hat der Betriebszweig Straßenreinigung Umsatzerlöse von 386 T€ (i.Vj.: 383 T€) erzielt. Es ergab sich ein Jahresgewinn von 63.092,44 € (i.Vj.: 60.336,10 €). Der Betriebszweig Straßenreinigung verfügt über ein Sachanlage- und Finanzanlagevermögen in Höhe von 4 T€ (i.Vj.: 5 T€) und über ein Eigenkapital von 1.591 T€ (i. Vj.: 1.528 T€).
Weitere Angaben zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben sich aus den Erläuterungen zum Jahresabschluss 2009.

4.3. Entwicklung

Die verschiedenen Arbeitsergebnisse aus der Aufgabenkritik und dem runden Tisch zur Stadtbildpflege werden überprüft. So wird beispielsweise die Integration der Parkbuchten in den Reinigungsbezirken mit in den Reinigungsplan aufgenommen.

Im Hinblick auf demografische Entwicklungen wird geprüft, inwieweit öffentlicher Reinigungsbedarf in bestimmten Wohnbezirken der Stadt besteht und mit welchen Kosten hierbei zu rechnen ist.

5. Lagebericht Betriebszweig Bauhof

5.1. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Die Erhöhung der Anzahl der gewerblich Beschäftigten führte zu einer Stabilisierung der Stundenverrechnungssätze des Bauhofes. Trotz Erhöhungen der Entgelte im öffentlichen Dienst zum 1.1.2008 von 3,1 % und 1.1.2009 von 2,8 % war es möglich die bisherigen Stundensätze von 43,52 € für Facharbeiter und 38,48 € für Hilfsarbeiter beizubehalten. Von wesentlicher Bedeutung war hierbei die Übernahme des Stadtteilpersonals mit insgesamt 9,3 Stellen (10 Personen). Wichtig für den Bauhof ist die zunächst bis zum 31.12.2010 befristete Übertragung der Sammlung des Papiers (PPK). Damit verbunden war eine ebenfalls zeitlich befristete Erhöhung der gewerblichen Mitarbeiterstellen um 4 Stellen.

Durch Neueinstellungen konnte die Altersstruktur des Bauhofes deutlich verjüngt werden.

Durch den Kauf eines neuen LKW mit Ladekran und Winterdienstausrüstung wurde weiter in die vorgesehene und notwendige Erneuerung des Fuhrparks investiert

5.2. Darstellung der Lage

Im Berichtsjahr 2009 erzielte der Betriebszweig Bauhof Umsatzerlöse von 3.356 T€ (Vorjahr 2.431 T€). Es wurde ein Jahresgewinn von 449.760,10 € (i.Vj.: 114.972,18 €) erwirtschaftet. Der Betriebszweig Bauhof verfügt über ein Sachanlagen- und Finanzanlagevermögen von 4.160 T€ (i.Vj.: 4.132 T€). Das Eigenkapital beträgt 616 T€ (i.Vj.: 139 T€).

Weitere Angaben zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben sich aus den Erläuterungen zum Jahresabschluss 2009.

5.3. Entwicklung

Zwei Mitarbeiter (Schreiner und Gärtner) werden im Sommer 2010 altersbedingt ausscheiden. Ihre Stellen werden voraussichtlich nicht wieder besetzt. Insgesamt ist davon auszugehen, dass die bisher gute Auftragslage auch im Jahr 2010 anhält und somit eine Auslastung der Beschäftigten gegeben ist.

Konsequent wird weiter in die notwendige Modernisierung des Fuhrparks und der Parkscheinautomaten investiert.

Landau, im Mai 2010

Bernhard Eck
Vorstand

**Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau,
Anstalt des öffentlichen Rechts**

Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten

des Jahresabschlusses zum

31. Dezember 2009

Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten

des Jahresabschlusses zum

31. Dezember 2009

des

Betriebszweiges Abwasserbeseitigung

a) Erläuterungen zur Bilanz

Aktivseite

A. Anlagevermögen

I. Immaterielle Vermögensgegenstände € 219.753,00

(31.12.2008 € 210.228,00)

Bei den immateriellen Vermögensgegenständen handelt es sich um EDV-Software i.H.v. von T€ 205 und Baukostenzuschüsse i.H.v. T€ 15. Der Bestand verminderte sich um die AfA i. H. v. T€ 33.

II. Sachanlagen € 62.519.941,58

(31.12.2008 € 62.762.260,61)

Zusammensetzung:

	31.12.2009	**31.12.2008**
	€	**€**
Sachanlagen	62.281.573,69	60.736.675,41
Anlagen im Bau	238.367,89	2.025.585,20
Insgesamt	**62.519.941,58**	**62.762.260,61**

Aktivierungsgrundsätze

Fremdlieferungen und -leistungen wurden mit den Rechnungsbeträgen einschließlich Nebenkosten und Umsatzsteuer und abzüglich Skonto und Rabatte aktiviert. Die Entsorgungswerke haben Gehälter von insgesamt T€ 71 aktiviert (siehe GuV-Position "Andere aktivierte Eigenleistungen"). Größere Aufträge wurden öffentlich ausgeschrieben, wobei entsprechend der Beschlüsse der Ratsgremien und des Verwaltungsrates die preisgünstigsten Bieter den Zuschlag erhielten.

Die Sachanlagen entwickelten sich im Berichtsjahr wie folgt:

	T€
Anfangsbestand 1. Januar 2009	**62.762**
Investitionen	2.182
Abgang (netto)	-
Abschreibungen	- 2.424
Endstand 31. Dezember 2009	**62.520**

Die Zusammensetzung des Anlagevermögens im Einzelnen zeigt der dem Anhang beigefügte Anlagennachweis.

Im Einzelnen stellen sich die wesentlichen geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau wie folgt dar:

	€
Kanalerneuerung Maximilianstraße	18.745,01
Kanalerneuerung Am Bürgergraben	4.057,10
Betonerneuerung Kläranlage	59.207,14
Kanalerneuerung Ringstraßen (Ost-/Süd-/Marienring)	6.500,34
Kanalerneuerung Horstgebiet 2	34.693,22
Kanalerneuerung Ostbahnstraße	11.132,30
Erneuerung E-Technik Kläranlage	48.469,13
Kanalerneuerung Arbotstraße	2.228,28
Verrohrung Brühlgraben	36.211,04
Kanalbaumaßnahmen Inliner Queichheimer Hauptstr.	4.071,83
Modernisierung Ersatz BHKW Kläranlage	13.052,50
Insgesamt	**238.367,89**

III. Finanzanlagen

Sonstige Ausleihungen		€	2.633.502,43
	(31.12.2008	€	2.678.562,43)

Es handelt sich um die Gewährung eines Darlehens an den Einrichtungsträger im Rahmen der Erschließungsmaßnahme Gewerbegebiet "Am Messegelände/Birnbach, Bebauungsplan D9". Grundlage ist die am 8. Januar 2004 abgeschlossene Darlehensvereinbarung. Das Darlehen wird vierteljährlich verzinst. Die Verminderung resultiert aus der Tilgung in Höhe von T€ 45 im Berichtsjahr. Die Ausleihung wird zu marktüblichen Konditionen verzinst.

B. Umlaufvermögen

I. Vorräte

		€	2.652,00
	(31.12.2008	€	0,00)

Die Position enthält im Wesentlichen den Bestand an Eisen-III-Chloridsulfatlösung, Polymere, Gasmotorenöl, Mehrbereichsöl und Diesel. Die Bestände wurden zum Bilanzstichtag durch eine körperliche Bestandsaufnahme ermittelt. Die Inventurlisten lagen uns vor. Die Vorräte sind mit den letzten Einstandspreisen bewertet.

II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

		€	3.628.227,96
	(31.12.2008	€	3.428.490,12)

Zusammensetzung:

	31.12.2009	**31.12.2008**
	€	**€**
GebührenSW/NW/WG,Baukostenzuschüsse und dgl.	774.945,93	643.111,59
Sonstige Forderungen (KAB u.a.)	369.584,97	287.839,83
Berechnete Forderungen und Forderungen auf noch nicht abgerechneten Verbrauch	2.523.697,06	2.527.738,70
	3.668.227,96	3.458.690,12
Abzüglich Pauschalwertberichtigung	-40.000,00	-30.200,00
Insgesamt	**3.628.227,96**	**3.428.490,12**

2. Forderungen gegen den Betriebszweig Abfallentsorgung € 306.303,41

(31.12.2008 € 199.026,92)

Die Forderungen betreffen im Wesentlichen die Weiterbelastung anteiliger Verwaltungskosten und Abschreibung.

3. Forderungen gegen den Betriebszweig Straßenreinigung € 50.372,76

(31.12.2008 € 28.637,93

Die Forderungen betreffen im Wesentlichen die Weiterbelastung anteiliger Verwaltungskosten und Abschreibung.

4. Forderungen gegen den Betriebszweig Bauhof € 49.012,10

(31.12.2008 € 40.190,48)

Die Forderungen betreffen im Wesentlichen die Abrechnung für die kaufmännische Verwaltung.

5. Forderungen an die Gemeinde € 4.084.108,28

(31.12.2008 € 4.548.499,28)

Entwicklung:

	31.12.2009	**31.12.2008**
	€	**€**
Saldo aus laufender Kassenführung	2.430.824,71	3.447.546,41
Forderungen Pensions-/Beihilfeansprüche Beamte	629.298,00	0,00
Sonstiges	1.023.985,57	1.100.952,87
Insgesamt	**4.084.108,28**	**4.548.499,28**

6. Sonstige Vermögensgegenstände		€	12.704,47
	(31.12.2008	€	12.704,47)

Es handelt sich hierbei um Gewährleistungsansprüche gegen eine Bauunternehmung.

III. Kassenbestand		€	616,81
	(31.12.2008	€	735,23)

Der ausgewiesene Bestand ist durch Kassenberichte zum Bilanzstichtag nachgewiesen.

C. Rechnungsabgrenzungsposten		€	9.231,64
	(31.12.2008	€	7.305,35

Bei den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten handelt es sich im Wesentlichen um Ablöseverträge mit der Deutschen Bahn und der Gestattung von Leitungsrechten.

Passivseite

A. Eigenkapital

I. Stammkapital		€	15.400.000,00
	(31.12.2008	€	15.400.000,00)

Der Ausweis entspricht dem in der Anstaltssatzung festgesetzten Stammkapital.

II. Rücklagen

1. Zweckgebundene Rücklagen (Zuwendungen und Zuschüsse)		€	14.555.360,86
	(31.12.2008	€	14.555.360,86)
2. Allgemeine Rücklage		€	18.238.504,93
	(31.12.2008	€	17.643.650,30)

Aufgrund des Beschlusses des Stadtrates vom 10. November 2009 wurde der Jahresüberschuss 2008 in voller Höhe der allgemeinen Rücklage zugewiesen.

IV. Jahresergebnis		€	862.907,03
	(31.12.2008	€	594.854,63)
B. Empfangene Ertragszuschüsse		€	18.839.490,57
	(31.12.2008	€	19.545.186,57)

Ertragszuschüsse werden entsprechend der Satzung über die Erhebung von Abgaben für die öffentliche Abwasserbeseitigung (Abgabensatzung Abwasserbeseitigung) erhoben. Von den Ursprungsbeträgen werden entsprechend § 24 Abs. 3 EigAnVO Rhld-Pf jährlich 3 % über den GuV-Posten "Umsatzerlöse" aufgelöst.

Zusammensetzung:

	Stand am 1.1.2009	Zugänge	Auflösung	Stand am 31.12.2009
	€	€	€	€
Kanalbeiträge				
- Haushalte SW	2.179.589,00	11.515,92	118.137,92	2.072.967,00
- Haushalte OW	2.526.276,00	12.248,57	144.047,57	2.394.477,00
- Gewerbe SW	2.663.584,00	12.001,47	113.108,47	2.562.477,00
- Gewerbe OW	3.060.306,00	8.697,70	130.804,70	2.938.199,00
Hausanschlüsse				
- Haushalte	423.776,02	21.405,27	51.002,27	394.179,02
- Gewerbe	232.842,55	12.918,29	12.389,29	233.371,55
Str. Baulastträger	6.894.194,00	263.055,56	334.602,56	6.822.647,00
Beiträge von Gemeinden zur				
- Kläranlage	1.417.167,00	9.165,44	138.510,44	1.287.822,00
- Verbindungssammler	147.452,00	0,00	14.101,00	133.351,00
Insgesamt	**19.545.186,57**	**351.008,22**	**1.056.704,22**	**18.839.490,57**

C. Rückstellungen € 1.727.355,24

(31.12.2008 € 495.456,58)

1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen € 1.017.358,00

(31.12.2008 € (0,00)

Ausweis nach Ermittlung durch die Pfälzische Pensionsanstalt. Gemäß den bestehenden Versorgungsverpflichtungen gegenüber Beamten waren am Bilanzstichtag an insgesamt sechs Personen Zusagen erteilt.

2. Sonstige Rückstellungen

€ 709.997,24

(31.12.2008 € 495.456,58)

Die sonstigen Rückstellungen entwickelten sich wie folgt:

	Stand am 1.1.2009	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	Stand am 31.12.2009
	€	€	€	€	€
Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten	23.516,66	0,00	0,00	0,00	23.516,66
Jahresabschlussprüfung	8.000,00	8.000,00	0,00	9.000,00	9.000,00
Interne Abschlusskosten	3.000,00	3.000,00	0,00	2.900,00	2.900,00
Urlaubsrückstellung	1.145,17	1.145,17	0,00	964,95	964,95
Abwasserabgabe	425.000,00	23.000,00	0,00	202.000,00	604.000,00
Altersteilzeit	27.194,75	0,00	0,00	10.120,88	37.315,63
Klärschlammbeseitigung	7.600,00	7.600,00	0,00	32.300,00	32.300,00
Insgesamt	**495.456,58**	**42.745,17**	**0,00**	**257.285,83**	**709.997,24**

Klärschlammbeseitigung

Aufgrund einer eigenständigen Berechnung des Betriebszweiges Abwasserbeseitigung wurde für das Jahr 2009 die Rückstellung für die Vergütung der Verwertung der Klärschlammmenge gebildet.

Abwasserabgabe

Es handelt sich hierbei um die voraussichtlich zu entrichtende Schmutzwasserabgabe für Schmutzwasser- und Niederschlagswasser für die Jahre 2007 bis 2009.

Prüfungskosten

Die Rückstellung betrifft die Prüfungskosten für das Jahr 2009 und andere damit in Zusammenhang stehende Arbeiten, wie Gebührennachkalkulation und Abrechnung der Einleiterentgelte der Umlandgemeinden.

D. Verbindlichkeiten

1. Förderdarlehen

	€	403.878,28
(31.12.2008	€	435.371,08)

Die Darlehen sind durch Bewilligungsbescheide belegt. Getilgt wurde planmäßig entsprechend der vereinbarten Konditionen.

2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

	€	403.311,35
(31.12.2008	€	1.391.015,09

Die Darlehen sind durch Schuldurkunden belegt. Getilgt wurde planmäßig entsprechend der vereinbarten Konditionen, für ein Darlehen erfolgte eine außerplanmäßige Tilgung in Höhe von T€ 882.

3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

	€	477.335,02
(31.12.2008	€	896.242,77)

Die Verbindlichkeiten resultieren aus dem laufenden Liefer- und Leistungsverkehr.

4.	**Verbindlichkeiten gegenüber dem Betriebszweig Abfallentsorgung**	€	536.924,38
		(31.12.2008 €	411.683,95)

Die Verbindlichkeiten betreffen die anteiligen Kosten für die Buchhaltung sowie die Weiterberechnung anteiliger Verwaltungskosten, EDV-Kosten, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und Abschreibungen.

5.	**Verbindlichkeiten gegenüber dem Betriebszweig Straßenreinigung**	€	66.889,13
		(31.12.2008 €	53.473,22)

Die Verbindlichkeiten betreffen die anteiligen Kosten für die Buchhaltung sowie die Weiterberechnung anteiliger Verwaltungskosten, EDV-Kosten und Abschreibungen.

6.	**Verbindlichkeiten gegenüber dem Betriebszweig Bauhof**	€	113.042,24
		(31.12.2008 €	113.940,47)

Die Verbindlichkeiten betreffen im Wesentlichen vereinnahmte Beträge.

7.	**Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde**	€	121.349,00
		(31.12.2008 €	614.045,20)

Die Verbindlichkeiten beruhen auf Versorgungsverpflichtungen für Beamte.

8.	**Sonstige Verbindlichkeiten**	€	1.770.098,41
		(31.12.2008 €	1.766.360,10)

Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um die im Berichtsjahr zeitanteiligen Anzahlungen von Bezirken, die im Rahmen des Abrechnungsverfahrens erst im Folgejahr endabgerechnet werden.

b) Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

1. Umsatzerlöse € 6.392.726,57

(2008 € 6.265.905,45)

Die Umsatzerlöse setzen sich wie folgt zusammen:

	2009	2008
	€	€
Schmutzwassergebühren	2.593.789,18	2.618.834,38
Oberflächenentwässerung	1.877.580,87	1.890.566,18
Zusatzgebühr Weinbau	26.743,04	28.920,32
Auflösung passivierter Ertragszuschüsse	1.056.704,22	1.051.316,38
Erträge Straßenoberflächenentwässerung	380.000,00	380.000,00
Kostenanteil der Verbandsgemeinden	340.013,57	293.458,54
Sonstige	117.895,69	2.809,65
Insgesamt	**6.392.726,57**	**6.265.905,45**

Für das Geschäftsjahr 2009 haben sich die Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr um T€ 127 erhöht.

Schmutzwassergebühren

Nach § 1 Abs. 1 der Abwassersatzung vom 07. Mai 2009 obliegt der Stadt die Sorge für die unschädliche Ableitung und Beseitigung der Abwässer, die auf den an die öffentliche Abwasseranlage angeschlossenen Grundstücke anfallen.

Bei unveränderter Gebühr i. H. v. € 1,13/cbm ist die Erlösminderung bei den Gebühren auf einen geringeren Schmutzwasseranfall zurückzuführen.

Oberflächenwassergebühren

Ebenfalls nach der Abgabensatzung Abwasserbeseitigung mit Wirkung zum 1. Januar 1996 wurde für die Kosten der Niederschlagswasserbeseitigung als Entgelt eine Oberflächenwassergebühr erhoben. Die Oberflächenwassergebühr beträgt unverändert € 0,44/qm Grundstücksfläche.

Zusatzgebühr Weinbau

Es handelt sich um die tatsächliche Abrechnung für das Jahr 2009.

Auflösung passivierter Ertragszuschüsse

Entsprechend § 24 Abs. 3 EigAnVO Rhld-Pf wurden 3 % der Ursprungsbeträge der Ertragszuschüsse aufgelöst.

Erträge aus der Straßenoberflächenentwässerung

Die hier aufgeführten Erträge stellen ein Vorauszahlungsentgelt dar.

Kostenanteil der Verbandsgemeinden

Es handelt sich hier um ein Vorauszahlungsentgelt für 2009 sowie die Abrechnungsbeträge für das Jahr 2008.

2.	**Aktivierte Eigenleistungen**		€	71.191,60
		(2008	€	64.163,61)

Es handelt sich um aktivierte Planungs- und Baubetreuungskosten von Personal der EWL.

3. Sonstige betriebliche Erträge € 843.189,73

(2008 € 235.607,78)

Zusammensetzung:

	2009	2008
	€	€
Weiterberechnete Personalkosten	153.018,91	152.835,25
Kfz-Kosten	1.839,47	1.004,75
Erträge Dienstwohnungen	12.127,91	11.642,71
Versicherungsleistungen	16.469,40	11.938,47
Ausschreibungen	1.985,90	2.138,00
Pensions-/Beihilfeansprüche Gemeinde	629.360,72	0,00
Sonstige Weiterbelastungen	28.387,42	56.048,60
Insgesamt	**843.189,73**	**235.607,78**

Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich damit um T€ 608. Im Wesentlichen beruht dies auf der Verbuchung der Forderung der anteiligen Pensions- und Beihilfeansprüche gegenüber der Gemeinde für die Beamten.

4. Materialaufwand € 1.607.543,30

(2008 € 1.998.951,36)

Zusammensetzung:

	2009	2008
	€	€
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren		
Strom, Gas, Wasser, Öl, Hilfs- und Betriebsstoffe	398.818,95	389.554,08
Kfz-Kosten	9.454,95	14.119,19
Sonstiges	120.001,48	114.392,05
	528.275,38	518.065,32
Aufwendungen für bezogene Leistungen		
Unterhaltung Kläranlagen, Verbindungsammler, Pumpwerke, Ortssammler und Regenbauwerke	720.831,59	992.601,66
Erstellung einer digitalen Stadtgrundkarte	6.436,33	20.347,10
Abwasserabgabe	352.000,00	467.937,28
	1.079.267,92	1.480.886,04
Insgesamt	**1.607.543,30**	**1.998.951,36**

Die Verminderung der Aufwendungen ist im Wesentlichen durch die Reduzierung der Instandhaltungsaufwendungen des Kanalnetzes begründet.

5. **Personalaufwand** € 1.934.357,05

(2008 € 1.251.515,92

a) Löhne und Gehälter € 967.510,30

(2008 € 958.606,49)

b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung

	€	966.846,75
(2008	€	292.909,43)

Es entfallen auf:

	2009	2008
	€	€
Arbeitgeberanteil Sozialversicherung	168.666,51	142.012,44
Berufsgenossenschaft	3.453,94	4.281,66
Altersversorgung ZVK	-222.631,70	146.615,33
Pensions-/Beihilferückstellungenzuführungen	1.017.358,00	0,00
Insgesamt	**966.846,75**	**292.909,43**

Der Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau AöR ist Mitglied der Zusatzversorgungskasse der Bayerischen Gemeinden, München. Es besteht ein privatrechtliches Versicherungsverhältnis zwischen Arbeitgeber und der Kasse mit der Aufgabe, den Arbeitnehmern der Kassenmitglieder eine zusätzliche Alters-, Berufs-, Erwerbsunfähigkeits- und Hinterbliebenenversorgung zu gewährleisten. Der Umlagesatz betrug im Berichtsjahr 4,75 %, zusätzlich wurde ein Sanierungszugschlag von 4,00 % erhoben.

6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen

	€	2.457.171,44
(2008	€	2.340.036,42)

Die Zusammensetzung der Abschreibungen im Einzelnen zeigt der dem Anhang beigefügte Anlagennachweis.

7. Sonstige betriebliche Aufwendungen

€ 506.421,89

(2008 € 589.353,32)

Aufgliederung:

	2009	2008
	€	€
Unterhalt Grundstücke und Gebäude	7.101,89	8.943,58
VKE Stadt	88.200,00	124.652,00
Kosten der Wasserzählerablesung	57.023,01	59.253,58
Miete und Nebenkosten	77.357,11	76.548,25
Beihilfeversicherung	17.592,53	19.579,92
Sonstige Aufwendungen aus Weiterbelastungen	33.248,03	38.944,55
Telefongebühren	11.355,03	16.244,81
Versicherungen	49.097,11	48.248,22
EDV-Kosten	53.165,66	64.599,67
Prüfungs- und Beratungskosten	29.701,66	32.996,85
Aus- und Fortbildungskosten	25.938,89	6.501,10
Sonstige Aufwendungen	56.640,97	92.840,79
Insgesamt	**506.421,89**	**589.353,32**

Die verminderten Aufwendungen sind im Wesentlichen auf den geringeren Verwaltungskostenerstattungsbetrag in Höhe von T€ 36 an die Stadt Landau und bei den übrigen sonstigen Aufwendungen mit T€ 36 zurückzuführen.

8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

€ 94.213,96

(2008 € 289.274,37

Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um die Verzinsung der Kassenguthaben durch die Stadtkasse.

9.	**Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen**	€	31.175,07
		(2008 €	78.539,48)

Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um Darlehenszinsen T€ 25 . Die Aufwendungen haben sich entsprechend der Tilgung der Darlehen vermindert.

10.	**Sonstige Steuern**	€	1.746,08
		(2008 €	1.700,08)

Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um Kfz-Steuer.

11.	**Jahresergebnis**	€	862.907,03
		(2008 €	594.854,63)

Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten

des Jahresabschlusses zum

31. Dezember 2009

des

Betriebszweiges Abfallentsorgung

a) Erläuterungen zur Bilanz

Aktivseite

A. Anlagevermögen

I. Immaterielle Vermögensgegenstände € 96.353,00

(31.12.2008 € 129.589,00)

Bei den immateriellen Vermögensgegenständen handelt es sich um EDV-Software. Der Bestand verminderte sich um die planmäßige AfA i. H. v. T€ 34.

II. Sachanlagen

1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten € 2.859.060,00

(31.12.2008 € 2.993.769,00)

Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um das Grundstück und Gebäude Friedrich-Ebert-Straße 5 mit T€ 1.967 (Vorjahr T€ 2.079). Der Bestand verminderte sich um die planmäßige AfA i. H. v. T€ 135.

2. Einbringungsanlagen der Abfallverarbeitungsanlagen € 544.111,13

(31.12.2008 € 560.217,51

Entwicklung:

	€
Anfangsbestand 1. Januar 2009	**560.217,51**
Investitionen	89.405,73
Abgänge (zu Restbuchwerten)	-2.728,38
Abschreibungen	-102.783,73
Endstand 31. Dezember 2009	**544.111,13**

Die Investitionen betreffen die Anschaffung von Müllgefäßen verschiedener Größen.

3. Maschinen und maschinelle Anlagen € 727,00

(31.12.2008 € 2.342,00)

Der Bestand verminderte sich um die planmäßige AfA i. H. v. T€ 2.

4. Betriebs- und Geschäftsausstattung € 89.824,51

(31.12.2008 € 78.830,02)

Zusammensetzung/Entwicklung:

	€
Anfangsbestand 1. Januar 2009	**78.830,02**
Investitionen	43.750,90
Abgänge (zu Restbuchwerten)	-0,51
Abschreibungen	-32.755,90
Endstand 31. Dezember 2009	**89.824,51**

Die Investitionen betreffen die Anschaffungen für eine Telefonanlage mit T€ 20, für EDV-Hardware mit T€ 17 und diverse andere Wirtschaftsgüter mit T€ 6.

III. Finanzanlagen

Sonstige Ausleihungen € 4.081.884,37

(31.12.2008 € 4.178.865,31

Die Finanzanlagen betreffen die Darlehen gegenüber dem BZW Bauhof zur Finanzierung des Neubaus mit T€ 3.813 sowie der Anschaffung von Parkscheinautomaten mit T€ 113. Die Darlehen wurde planmäßig in Höhe von T€ 97 getilgt.
Weiterhin ist die Stadt Landau i. d. Pfalz Mitglied beim Zweckverband Abfallverwertung Südwestpfalz (ZAS). Ausgewiesen werden hier die Zahlungen zur Deckung des Vermögensplanes i. H. v. T€ 156.

B. Umlaufvermögen

I. Vorräte

€ 5.015,65

(31.12.2008 € 2.656,81)

Die Position enthält im Wesentlichen den Bestand an Restmüll- und Grünschnittsäcken sowie Grünschnittmarken. Die Bestände wurden zum Bilanzstichtag durch eine körperliche Bestandsaufnahme ermittelt. Die Inventurlisten lagen uns vor. Die Vorräte sind mit den letzten Einstandspreisen bewertet.

II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

€ 1.560.618,63

(31.12.2008 € 1.504.605,26)

Zusammensetzung:

	31.12.2009	31.12.2008
	€	€
Berechnete Forderungen	270.853,59	330.865,02
Forderungen auf noch nicht abgerechneten Verbrauch	1.304.165,04	1.188.240,24
Pauschalwertberichtigung	-14.400,00	-14.500,00
Insgesamt	**1.560.618,63**	**1.504.605,26**

2. Forderungen gegen den Betriebszweig Abwasserbeseitigung

€ 536.924,38

(31.12.2008 € 411.683,95)

Die Forderungen betreffen im Wesentlichen die Weiterbelastung anteiliger Verwaltungskosten, Abschreibungen und vereinahmte Erträge.

3. Forderungen gegen den Betriebszweig Straßenreinigung

€ 19.097,27

(31.12.2008 € 10.529,78)

Die Forderungen betreffen im Wesentlichen die Weiterbelastung anteiliger Verwaltungskosten und Abschreibungen.

4. Forderungen gegen den Betriebszweig Bauhof € 1.829,88

(31.12.2008 € 3.108,77)

5. Forderungen an die Gemeinde € 3.942.610,07

(31.12.2008 € 3.029.139,99)

Entwicklung:

	31.12.2009	**31.12.2008**
	€	**€**
Saldo aus laufender Kassenführung	3.415.171,37	2.922.211,24
Forderungen Pensions-/Beihilfeansprüche Beamte	517.852,00	0,00
Sonstiges	9.586,70	106.928,75
Insgesamt	**3.942.610,07**	**3.029.139,99**

6. Sonstige Vermögensgegenstände € 0,00

(31.12.2008 € 822,40)

III. Kassenbestand € 1.837,22

(31.12.2008 € 523,70)

Der ausgewiesene Bestand ist durch Kassenberichte zum Bilanzstichtag nachgewiesen.

Passivseite

A. Eigenkapital

I. Stammkapital		€	52.000,00
	(31.12.2008	€	52.000,00)

Der Ausweis entspricht dem in der Anstaltssatzung festgesetzten Stammkapital.

II. Rücklagen

Allgemeine Rücklage		€	8.020.733,65
	(31.12.2008	€	8.020.733,65)

III. Gewinnvortrag		€	598.411,05
	(31.12.2008	€	0,00)

Aufgrund des Beschlusses des Stadtrates vom 10. November 2009 wurde der Jahresüberschuss 2008 in voller Höhe dem Gewinnvortrag zugewiesen.

IV. Jahresergebnis		€	445.727,22
	(31.12.2008	€	598.411,05)

B. Sonderposten aus Investitionszuschüssen		€	285.485,00
	(31.12.2008	€	312.022,00)

Es handelt sich um Landeszuweisungen zur Errichtung einer Müllumschlagstation und um eine Zuweisung zur anteiligen Finanzierung des Gebäudes in der Friedrich-Ebert-Straße 5 in Landau. Die Auflösungen i. H. v. T€ 27 werden über die GuV-Position "Sonstige betriebliche Erträge" ausgewiesen.

C. Rückstellungen

€ 1.983.938,43

(31.12.2008 € 1.283.333,65)

1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

€ 729.789,00

(31.12.2008 € 0,00)

Gemäß der bestehenden Versorgungsverpflichtungen gegenüber Beamten waren zum Bilanzstichtag sechs Personen Zusagen erteilt worden. Sie wurden im Vorjahr unter der Bilanzposition "Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde" ausgewiesen.

2. Sonstige Rückstellungen

€ 1.254.149,43

(31.12.2008 € 1.283.333,65)

Die sonstigen Rückstellungen entwickelten sich wie folgt:

	Stand am 1.1.2009	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	Stand am 31.12.2009
	€	€	€	€	€
Sanierung und Nachsorge					
Deponie "Am Roten Weg"	898.297,69	25.104,46	0,00	0,00	873.193,23
ehem. Deponie Arzheim	341.608,81	54.959,73	0,00	60.939,00	347.588,08
Jahresabschlussprüfung	6.200,00	6.200,00	0,00	5.900,00	5.900,00
Urlaubsansprüche	3.441,80	3.441,80	0,00	0,00	0,00
Interne Abschlusskosten	2.200,00	2.200,00	0,00	1.900,00	1.900,00
Altersteilzeit	31.585,35	7.609,35	0,00	1.592,12	25.568,12
Insgesamt	**1.283.333,65**	**99.515,34**	**0,00**	**70.331,12**	**1.254.149,43**

Deponie "Am Roten Weg"

Die Rückstellung wurde für Nachsorgeaufwendungen über den restlichen Nachsorgezeitraum der Deponie gebildet.

ehem. Deponie Arzheim - Hausmülldeponie Arzheim

Es handelt sich um eine Aufwandsrückstellung zur Erstellung von Gasbrunnen (Gaskollektoren und weiteren technischen Anlagen) auf der ehemaligen Deponie, welche durch die SGD in Neustadt veranlasst wurden. Der übrige Rückstellungsbetrag betrifft die Nachsorgekosten für den restlichen Nachsorgezeitraum.

D. Verbindlichkeiten

1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		€	212.756,83
	(31.12.2008	€	292.125,54)

Das Darlehen ist durch Schuldurkunde belegt. Getilgt wurde planmäßig entsprechend der vereinbarten Konditionen.

2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		€	114.473,50
	(31.12.2008	€	248.318,12)

Die Verbindlichkeiten resultieren aus dem laufenden Liefer- und Leistungsverkehr.

3. Verbindlichkeiten gegenüber dem Betriebszweig Abwasserbeseitigung		€	306.303,41
	(31.12.2008	€	199.026,92)

Die Verbindlichkeiten betreffen die Weiterberechnung anteiliger Verwaltungskosten und Abschreibungen sowie Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

4. Verbindlichkeiten gegenüber dem Betriebszweig Bauhof		€	76.425,15
	(31.12.2008	€	56.682,71)

Die Verbindlichkeiten betreffen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

5. Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde		€	99.708,40
	(31.12.2008	€	322.557,42)

Die Verbindlichkeiten beruhen Im Wesentlichen auf Versorgungsverpflichtungen für Beamte.

6. Sonstige Verbindlichkeiten		€	1.543.930,47
	(31.12.2008	€	1.521.472,44)

Hierbei handelt es im Wesentlichen um die im Berichtsjahr zeitanteiligen Anzahlungen von Bezirken, die im Rahmen des Abrechnungsverfahrens erst im Folgejahr endabgerechnet werden.

b) Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

1. Umsatzerlöse € 4.455.314,94

(2008 € 4.191.801,44)

Die Umsatzerlöse setzen sich wie folgt zusammen:

	2009	2008
	€	€
Müllgebühren Haushalte	3.829.390,00	3.799.953,13
Containerabfuhr Gewerbe	51.792,00	59.535,92
Verwertungserlöse Papier 19% MwSt	179.393,83	0,00
Kostenanteil Miterfassung Papier DSD-System 19% MwSt	48.876,00	0,00
Einnahmen Müllumschlagplatz	188.201,39	192.591,93
Bauschuttanlieferungen	64.856,11	53.117,67
Verkauf von Müllsäcken	44.945,00	37.303,00
Grünschnittentsorgung	41.979,01	40.434,99
Sonstige Tätigkeiten	5.881,60	8.864,80
Insgesamt	**4.455.314,94**	**4.191.801,44**

Im Geschäftsjahr 2009 sind die Umsatzerlöse bei unveränderten Gebühren gegenüber dem Vorjahr um T€ 263 gestiegen. Die Erhöhung beruht im Wesentlichen auf der Einführung der Papiersammlung zum 01.01.2009 und dem damit verbundenen Verwertungserlös mit T€ 179, dem Kostenanteil der Systembetreiber DSD für die Miterfassung des DSD-Anteils im Papierbereich in Höhe von T€ 49 und der Erhöhung des Umsatzes der Müllgebühren von T€ 30.

2. Sonstige betriebliche Erträge € 870.615,82

(2008 € 404.766,89)

Zusammensetzung:

	2009	2008
	€	€
Mieterträge Friedrich-Ebert-Straße	129.300,00	129.300,00
Nebenkosten/Kostenerstattungen	90.091,83	83.157,03
Erträge aus Kostenweiterbelastungen	56.418,06	100.295,11
Investitionszuschüsse	26.537,00	34.258,00
Pensions-/Beihilfeansprüche Gemeinde	517.852,00	0,00
Sonstige	50.416,93	57.756,75
Insgesamt	**870.615,82**	**404.766,89**

Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich um T€ 466. Im Wesentlichen beruht dies auf der Verbuchung der Forderung der anteiligen Pensions- und Beihilfeansprüche gegenüber der Gemeinden für die Beamten in Höhe von T€ 518 als Erträge sowie der Minderung der sonstigen betrieblichen Erträge aus Kostenweiterbelastungen mit T€ 44 bedingt durch die im Vorjahr erstatteten Kostenbeteiligungen für eine Studie im Bereich Stoffstrommanagement.

3. Materialaufwand € 3.503.747,62

(2008 € 3.105.054,29)

Zusammensetzung:

	2009	2008
	€	€
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren		
Strom, Gas, Wasser, Öl, Hilfs- und Betriebsstoffe	41.403,65	31.674,28
Kfz-Kosten	70.763,28	63.728,57
Sonstige	46.102,04	1.630,20
	158.268,97	97.033,05
Aufwendungen für bezogene Leistungen		
Nachsorgekosten der Deponien	62.424,33	3.746,76
Einsammlung Biotonnen bis 1100 l	273.636,00	273.636,00
Einsammlung Restmüll bis 240 l	244.920,00	244.920,00
Einsammlung Papier bis 240 l	274.828,82	0,00
Abfallbeseitigungskosten MHKW	1.408.215,78	1.307.597,04
Aufwendungen Kompostierung	484.197,64	589.912,76
Aufwendungen Gartenabfälle	88.955,03	78.268,59
Transportkosten	90.541,06	81.348,09
Sonstige	417.759,99	428.592,00
	3.345.478,65	3.008.021,24
Insgesamt	**3.503.747,62**	**3.105.054,29**

Die Erhöhung der Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie für bezogene Leistungen ist im Wesentlichen auf die Einführung der Papiersammlung zum 01.01.2009 zurückzuführen.

Die Gesamtkosten je Tonne Abfälle zur Entsorgung über den ZAS entwickelten sich wie folgt:

ZAS	2009	2008	2007
	€/t	€/t	€/t
Verbrennungspreis	198,00	193,65	190,00
Umschlag und Beförderung	8,65	8,40	8,30
Verwaltungskosten	2,45	2,75	2,50
Gesamtpreis	**209,10**	**204,80**	**200,80**

4. Personalaufwand € 944.225,07

(2008 € 452.160,01)

a) Löhne und Gehälter € 333.772,20

(2008 € 318.549,23)

Die Aufwendungen für Löhne und Gehälter sind für 28 Mitarbeiter (anteilig) angefallen.

b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung € 610.452,87

(2008 € 133.610,78)

Es entfallen auf:

	2009	2008
	€	€
Arbeitgeberanteil Sozialversicherung	52.450,74	43.013,10
Berufsgenossenschaft	1.345,78	1.506,04
Altersversorgung ZVK	-173.132,65	89.091,64
Pensions-/Beihilferückstellungenzuführungen	729.789,00	0,00
Insgesamt	**610.452,87**	**133.610,78**

Der Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau AöR ist Mitglied der Zusatzversorgungskasse der Bayerischen Gemeinden, München. Es besteht ein privatrechtliches Versicherungsverhältnis zwischen Arbeitgeber und der Kasse mit der Aufgabe, den Arbeitnehmern der Kassenmitglieder eine zusätzliche Alters-, Berufs-, Erwerbsunfähigkeits- und Hinterbliebenenversorgung zu gewährleisten. Der Umlagesatz betrug im Berichtsjahr 4,75 %, zusätzlich wurde ein Sanierungszugschlag von 4,00 % erhoben. Gegen die ZVK-Beiträge wurde die Forderung an die Stadt aus der anteiligen Pensionsrückstellung gebucht.

5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen € 305.431,77

(2008 € 309.886,42)

Die Zusammensetzung der Abschreibungen im Einzelnen zeigt der dem Anhang beigefügte Anlagennachweis.

6. Sonstige betriebliche Aufwendungen € 310.650,35

(2008 € 399.950,38)

Zusammensetzung:

	2009	2008
	€	€
Gebäudeunterhalt	53.166,84	43.471,76
VKE Stadt	57.500,00	99.632,00
Forderungsausfälle	3.488,21	201,90
Beihilfeversicherung	11.875,16	14.687,22
Tiefbaugebühren	12.491,11	13.849,77
Haftpflichtversicherung	7.650,04	8.029,49
EDV-Kosten	32.084,45	40.349,50
Prüfungs- und Beratungskosten	27.699,73	64.678,55
Sonstige Aufwendungen	104.694,81	115.050,20
Insgesamt	**310.650,35**	**399.950,39**

Die verminderten Aufwendungen sind im Wesentlichen auf der geringeren Verwaltungskostenerstattung an die Stadt Landau und auf die verminderten Prüfungs- und Beratungskosten zurückzuführen.

7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge € 200.233,55

(2008 € 289.544,33)

Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um die Verzinsung der Kassenguthaben durch die Stadtkasse und der Darlehen an den BZW Bauhof. Begründung der verminderten Zinserträge ist die reduzierte Verzinsung der Kassenguthaben wegen der Absenkung der Zinssätze gegenüber dem Vorjahr.

8.	**Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen**	€	14.057,28
		(2008 €	18.497,51)

Es handelt sich hierbei um Darlehenszinsen. Die Zinsen haben sich entsprechend der Tilgung der Darlehen vermindert.

9.	**Sonstige Steuern**	€	2.325,00
		(2008 €	2.153,00)

Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um Kfz-Steuer.

10.	**Jahresergebnis**	€	445.727,22
		(2008 €	598.411,05

Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten

des Jahresabschlusses zum

31. Dezember 2009

des

Betriebszweiges Straßenreinigung

a) Erläuterungen zur Bilanz

Aktivseite

A. Anlagevermögen

I. Sachanlagen

Betriebs- und Geschäftsausstattung		€	4.153,00
	(31.12.2008	€	4.818,00)

B. Umlaufvermögen

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		€	161.585,00
	(31.12.2008	€	150.824,16)
2. Forderungen gegen den Betriebszweig Abwasserbeseitigung		€	66.869,13
	(31.12.2008	€	53.473,22)

Die Forderungen betreffen im Wesentlichen vereinnahmte Erträge.

3. Forderungen an die Gemeinde		€	1.907.097,66
	(31.12.2008	€	1.609.851,41)

Die Forderungen gegen die Gemeinde bestehen im Wesentlichen aus dem Saldo der laufenden Kassenführung in Höhe von T€ 1.667 sowie der Forderung für Pensions/-Beihilfeansprüche von Beamten in Höhe von T€ 233.

Passivseite

A. Eigenkapital

I. Stammkapital		€	52.000,00
	(31.12.2008	€	52.000,00)

Der Ausweis entspricht dem in der Anstaltssatzung festgesetzten Stammkapital.

II. Rücklagen

Allgemeine Rücklage		€	1.416.030,12
	(31.12.2008	€	1.416.030,12)

III. Gewinnvortrag		€	60.336,10
	(31.12.2008	€	0,00)

Aufgrund des Beschlusses des Stadtrates vom 10. November 2009 wurde der Jahresüberschuss 2008 in voller Höhe dem Gewinnvortrag zugewiesen.

IV. Jahresergebnis		€	63.092,44
	(31.12.2008	€	60.336,10

B. Rückstellungen		€	280.329,27
	(31.12.2008	€	8.970,47

1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		€	272.110,00
	(31.12.2008	€	0,00

Ausweis nach Ermittlung der Pfälzischen Pensionsanstalt. Gemäß den bestehenden Versorgungsverpflichtungen gegenüber Beamten waren am Bilanzstichtag an insgesamt sechs Personen Zusagen erteilt. Diese wurden im Vorjahr als Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde ausgewiesen.

2. Sonstige Rückstellungen

€ 8.219,27

(31.12.2008 € 8.970,47)

Die sonstigen Rückstellungen entwickelten sich wie folgt:

	Stand am 1.1.2009	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	Stand am 31.12.2009
	€	€	€	€	€
Jahresabschlussprüfung	1.200,00	1.200,00	0,00	1.600,00	1.600,00
Interne Abschlusskosten	400,00	400,00	0,00	400,00	400,00
Altersteilzeit	7.370,47	1.538,47	0,00	387,27	6.219,27
Insgesamt	**8.970,47**	**3.138,47**	**0,00**	**2.387,27**	**8.219,27**

C. Verbindlichkeiten

1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

	€	15.891,09
(31.12.2008	€	12.521,12)

Die Verbindlichkeiten resultieren aus dem laufenden Lieferungs- und Leistungsverkehr.

2. Verbindlichkeiten gegenüber dem Betriebszweig Abwasserbeseitigung

	€	50.372,76
(31.12.2008	€	28.637,93)

Die Verbindlichkeiten betreffen im Wesentlichen die Weiterberechnung anteiliger Verwaltungskosten und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen aus den Jahren 2008 und 2009.

3. Verbindlichkeiten gegenüber dem Betriebszweig Abfallentsorgung

	€	19.097,27
(31.12.2008	€	10.529,78)

Die Verbindlichkeiten betreffen im Wesentlichen die Aufwendungen für EDV-Kosten, die Weiterberechnung anteiliger Verwaltungskosten, Zeitschrift "Landauer Leben" aus den Jahren 2008 und 2009.

4. Verbindlichkeiten gegenüber dem Betriebszweig Bauhof

	€	3.078,74
(31.12.2008	€	2.988,25

Die Verbindlichkeiten betreffen im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

5. Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde		€	24.477,00
	(31.12.2008	€	70.953,02)
6. Sonstige Verbindlichkeiten		€	155.000,00
	(31.12.2008	€	156.000,00)

Die sonstigen Verbindlichkeiten beinhalten die Anzahlungen von Bezirken, die im Rahmen des Abrechnungsverfahrens erst im Folgejahr abgerechnet werden.

b) Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

1. Umsatzerlöse € 398.758,15

(2008 € 382.847,80)

Die Umsatzerlöse setzen sich wie folgt zusammen:

	2009	2008
	€	€
Reinigungsgebühren gem. Satzung	334.455,18	334.471,04
Städtischer Anteil an der Straßenreinigung	51.158,51	48.376,76
Verbrauchsabgrenzung	13.144,46	0,00
Insgesamt	**398.758,15**	**382.847,80**

2. Sonstige betriebliche Erträge € 242.826,55

(2008 € 8.504,00)

Die sonstigen betrieblichen Erträge betreffen im Wesentlichen a.o. Erträge aus der Forderung der anteiligen Pensions-/Beihilfeansprüche gegenüber der Gemeinde.

3. Materialaufwand € 240.843,25

(2008 € 249.021,34)

Zusammensetzung:

	2009	2008
	€	€
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebs-stoffe und für bezogene Waren	0,00	0,00
Aufwendungen für bezogene Leistungen		
Kehrleistungen	170.143,52	180.053,02
Manuelle Kehrleistungen	34.812,36	35.640,55
Schildergestellung stationär	2.119,99	2.612,87
Deponierungskosten	24.309,09	20.655,82
Umschlag Kehrricht	2.606,39	3.079,39
Sonstiges	6.851,90	6.979,69
Insgesamt	**240.843,25**	**249.021,34**

Der Materialaufwand hat sich gegenüber dem Vorjahr unwesentlich vermindert.

4. Personalaufwand € 294.167,75

(2008 € 87.100,14)

a) Löhne und Gehälter € 54.427,79

(2008 € 49.641,56)

Die Aufwendungen für Löhne und Gehälter sind für 17 (anteilig) Mitarbeiter angefallen.

b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung € 239.739,96

(2008 € 37.458,58

Es entfallen auf:

	2009	2008
	€	€
Arbeitgeberanteil Sozialversicherung	5.337,77	4.437,02
Berufsgenossenschaft	121,71	110,26
Altersversorgung ZVK	-37.829,52	32.911,30
Pensions-/Beihilferückstellungenzuführungen	272.110,00	0,00
Insgesamt	**239.739,96**	**37.458,58**

Der Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau AöR ist Mitglied der Zusatzversorgungskasse der Bayerischen Gemeinden, München. Es besteht ein privatrechtliches Versicherungsverhältnis zwischen Arbeitgeber und der Kasse mit der Aufgabe, den Arbeitnehmern der Kassenmitglieder eine zusätzliche Alters-, Berufs-, Erwerbsunfähigkeits- und Hinterbliebenenversorgung zu gewährleisten. Der Umlagesatz betrug im Berichtsjahr 4,75 %, zusätzlich wurde ein Sanierungszugschlag von 4,0 % erhoben.

5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen € 665,00

(2008 € 665,00)

6. Sonstige betriebliche Aufwendungen € 62.631,04

(2008 € 59.709,04)

Aufgliederung:

	2009	2008
	€	€
VKE Stadt	15.706,00	23.316,00
Miete und Nebenkosten Dienstgebäude	5.214,58	5.160,31
EDV-Kosten	7.866,68	7.554,92
Prüfungs- und Beratungskosten	17.177,68	4.403,21
Sonstige Aufwendungen	16.666,10	19.274,60
Insgesamt	**62.631,04**	**59.709,04**

Die erhöhten Aufwendungen sind im Wesentlichen auf die höheren Prüfungs- und Beratungskosten zurückzuführen.

7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge € 19.814,78

(2008 € 65.479,82)

Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um die Verzinsung der Kassenguthaben durch die Stadtkasse.

8. Jahresergebnis € 63.092,44

(2008 € 60.336,10)

Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten

des Jahresabschlusses zum

31. Dezember 2009

des

Betriebszweiges Bauhof

a) Erläuterungen zur Bilanz

Aktivseite

A. Anlagevermögen

I. Immaterielle Vermögensgegenstände

€ 703,51

(31.12.2008 € 1.045,51)

	€
Anfangsbestand 1. Januar 2009	**1.045,51**
Abgänge (zu Restbuchwerten)	-1,00
Abschreibungen	-341,00
Endstand 31. Dezember 2009	**703,51**

Es handelt sich hier um EDV-Software.

II. Sachanlagen

1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten

€ 3.649.285,87

(31.12.2008 € 3.776.438,87

	€
Anfangsbestand 1. Januar 2009	**3.776.438,87**
Abschreibungen	-127.153,00
Endstand 31. Dezember 2009	**3.649.285,87**

2. Maschinen und maschinelle Anlagen

€ 62.017,89

(31.12.2008 € 48.035,11)

	€
Anfangsbestand 1. Januar 2009	**48.035,11**
Übertragung Übernahme Stadtteilservice *)	13.561,31
Investitionen	11.288,15
Abgänge (zu Restbuchwerten)	-862,75
Abschreibungen	-10.003,93
Endstand 31. Dezember 2009	**62.017,89**

Die Investitionen betreffen folgende Anschaffungen: zwei Bohrhämmer T€ 3; Regalsystem T€ 2; Trennschleifer T€ 1; diverse Werkzeuge/Maschinen (GWG) T€ 5.

3. Betriebs- und Geschäftsausstattung € 448.078,55

(31.12.2008 € 306.964,47)

	€
Anfangsbestand 1. Januar 2009	**306.964,47**
Übertragung Übernahme Stadtteilservice *)	13.940,33
Investitionen	198.644,02
Abgänge (zu Restbuchwerten)	-4,08
Abschreibungen	-71.466,19
Endstand 31. Dezember 2009	**448.078,55**

Der Bestand erhöhte sich im Wesentlichen durch die Anschaffung eines LKW mit T€ 130, einer Aufsatzstreumaschine für den Winterdienst mit T€ 30 und dem Kauf von acht Parkscheinautomaten in Höhe von T€ 32 und verminderte sich um planmäßige AfA i. H. v. T€ 71.

*) Die Zugänge der Übertragung von beweglichem Anlagevermögen durch die Übernahme des Stadtteilservices zum 01.01.2009 ermitteln sich wie folgt:

	€
Anschaffungs- und Herstellungskosten	52.860,00
Abschreibungen bis 31.12.2008	-25.358,36
Endstand 31. Dezember 2009	**27.501,64**

B. Umlaufvermögen

I. Vorräte

	€	2.145,22
(31.12.2008	€	1.917,29)

Die Position enthält im Wesentlichen den Vorrat an Sand, Splitt und verschiedener Schmierstoffe. Die Bestände wurden durch eine körperliche Aufnahme ermittelt. Die Inventurlisten lagen uns vor.

II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

	€	2.055,80
(31.12.2008	€	2.485,11)

2. Forderungen gegen den Betriebszweig Abfallentsorgung

	€	76.425,15
(31.12.2008	€	56.682,72)

Die Forderungen betreffen im Wesentlichen Leistungen im Bereich der Müllsammlung.

3. Forderungen gegen den Betriebszweig Abwasserbeseitigung

	€	113.042,24
(31.12.2008	€	113.940,47)

Die Forderungen betreffen vom BZW Abwasser vereinnahmte Beträge, die dem Bauhof zustanden.

4. Forderungen gegen den Betriebszweig Straßenreinigung

	€	3.078,74
(31.12.2008	€	2.988,25)

Die Forderungen betreffen Leistungen im Bereich der Straßenreinigung.

5. Forderungen an die Gemeinde € 707.432,35

(31.12.2008 € 431.715,46)

Die Forderungen betreffen im Wesentlichen die Forderungen aus der laufenden Kassenführung.

III. Kassenbestand € 107,08

(31.12.2008 € 77,69)

Zusammensetzung:

	31.12.2009	31.12.2008
	€	€
Kasse	107,08	77,69
Insgesamt	**107,08**	**77,69**

Der ausgewiesene Bestand ist durch einen Kassenbericht zum Bilanzstichtag nachgewiesen.

Passivseite

A. Eigenkapital

I. Stammkapital € 50.000,00

(31.12.2008 € 50.000,00)

Der Ausweis entspricht dem in der Anstaltssatzung festgesetzten Stammkapital.

II. Rücklagen

Allgemeine Rücklage € 281.388,63

(31.12.2008 € 208.914,81)

Aufgrund des Beschlusses des Stadtrates vom 10. November 2009 wurde ein Anteil des Jahresüberschuss 2008 in Höhe von € 44.972,18 den Rücklagen zugeführt. Die Übernahme des Anlagevermögens des Stadtteilservice in Höhe von € 27.501,64 führte zu einer Erhöhung der allgemeinen Rücklage.

III. Verlustvortrag € -164.966,13

(31.12.2008 € - 234.966,13)

Aufgrund des Beschlusses des Stadtrates vom 10. November 2009 wurde ein Anteil des Jahresüberschusses 2008 in Höhe von € 70.000 mit dem bestehenden Verlustvortrag verrechnet.

IV. Jahresergebnis € 449.760,10

(31.12.2008 € 114.972,18)

B. Rückstellungen

Sonstige Rückstellungen € 437.152,50

(31.12.2008 € 471.791,09)

Die sonstigen Rückstellungen entwickelten sich wie folgt:

	Stand am 1.1.2009	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	Stand am 31.12.2009
	€	€	€	€	€
Altersteilzeit	456.153,46	87.109,38	0,00	60.808,42	429.852,50
Prüfungskosten	10.500,00	4.188,95	6.311,05	7.300,00	7.300,00
Urlaubsrückstellungen	5.137,63	998,59	4.139,04	0,00	0,00
Insgesamt	**471.791,09**	**92.296,92**	**10.450,09**	**68.108,42**	**437.152,50**

C. Verbindlichkeiten

1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		€	26.175,12
	(31.12.2008	€	45.744,65)

Die Verbindlichkeiten resultieren aus dem laufenden Lieferungs- und Leistungsverkehr.

2. Verbindlichkeiten gegenüber dem Betriebszweig Abwasserbeseitigung		€	49.012,10
	(31.12.2008	€	40.190,48)

Die Verbindlichkeiten betreffen die Weiterberechnung anteiliger Verwaltungskosten und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

3. Verbindlichkeiten gegenüber dem Betriebszweig Abfallentsorgung		€	3.927.917,18
	(31.12.2008	€	4.026.177,01)

Die Verbindlichkeiten betreffen im Wesentlichen das Darlehen für den Bau des neuen Bauhofes.

4. Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde		€	2.680,54
	(31.12.2008	€	19.439,86)

Die Verbindlichkeiten betreffen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

5. Sonstige Verbindlichkeiten		€	5.252,36
	(31.12.2008	€	0,00)

Die Verbindlichkeit betrifft den Beitrag zur Gartenbau-Berufsgenossenschaft 2009.

b) Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

1. Umsatzerlöse € 3.355.781,34

(2008 € 2.431.209,80)

Die Umsatzerlöse setzen sich wie folgt zusammen:

	2009	2008
	€	€
Verkehrssicherheit	610.626,50	519.391,88
Winterdienst	161.700,07	86.722,14
Grünflächenpflege	436.065,67	589.027,69
Stadtteilservice	563.434,20	0,00
Müllsammlung	881.222,10	604.191,94
Stadtreinigung	238.912,83	240.755,89
Sonstige Tätigkeiten	237.343,07	146.939,87
Parkraumbewirtschaftung	226.476,90	244.180,39
Insgesamt	**3.355.781,34**	**2.431.209,80**

Für das Geschäftsjahr 2009 sind die Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr um T€ 925 (38 %) gestiegen. Dies resultiert im Wesentlichen aus der Übernahme des Stadtteilservices zum 01.01.2009 mit T€ 563 sowie der Erweiterung der Müllsammlung auf PPK-Materialien (Papier etc.) in Höhe von T€ 277 zu Beginn des Wirtschaftsjahres 2009.

2. Aktivierte Eigenleistungen € 0,00

(2008 € 19.896,41)

3. Sonstige betriebliche Erträge € 116.115,64

(2008 € 55.110,38)

	2009	2008
	€	€
Erträge aus Anlagenabgängen	6.370,00	11.580,80
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	10.450,09	4.916,40
Erträge aus Versicherungsleistungen	7.119,90	6.575,63
Zuschüsse Arge.Hartz IV Sozialhilfeempfänger	19.181,60	0,00
Zuschüsse Sozialamt Sozialhilfeempfänger	8.737,60	6.273,92
Zuschüsse Arge. Altersteilzeit (Ersatzeinstellung)	9.736,10	0,00
Erträge aus weiterberechneten Personalkosten	10.104,30	0,00
Mieterträge Nutzung Bauhof	42.403,44	24.735,34
Sonstige Erträge	2.012,61	1.028,29
Insgesamt	**116.115,64**	**55.110,38**

4. Materialaufwand € 421.778,46

(2008 € 389.791,27)

Zusammensetzung:

	2009	2008
	€	€
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren		
Strom, Wasser, Hackschnitzel, Hilfs- und Betriebsstoffe	7.015,79	23.696,20
Bezogene Waren	133.737,46	126.484,80
Werkzeuge und Geräte	4.452,61	9.682,51
Kfz-Kosten	57.748,14	44.696,76
	202.954,00	204.560,27
Aufwendungen für bezogene Leistungen		
Leiharbeitskräfte	89.147,06	71.668,01
Miete Leihfahrzeuge und Geräte	3.368,23	4.315,01
Containerabfuhr	13.748,88	11.394,99
Bezogene Fremdleistungen	86.587,22	78.554,23
Kfz-Kosten	25.973,07	19.298,76
	218.824,46	185.231,00
Insgesamt	**421.778,46**	**389.791,27**

5. Personalaufwand € 1.971.021,32

(2008 € 1.488.582,17)

a) Löhne und Gehälter € 1.500.602,15

(2008 € 1.135.940,43)

Die Aufwendungen für Löhne und Gehälter sind für 39 Mitarbeiter angefallen.

b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung € 470.419,17

(2008 € 352.641,74)

Es entfallen auf:

	2009	2008
	€	€
Arbeitgeberanteil Sozialversicherung	308.132,07	231.682,89
Berufsgenossenschaft	10.475,73	12.631,01
Altersversorgung ZVK	151.811,37	108.294,56
Unterstützung Beihilfen	0,00	33,28
Insgesamt	**470.419,17**	**352.641,74**

Der Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau AöR ist Mitglied der Zusatzversorgungskasse der Bayerischen Gemeinden, München. Es besteht ein privatrechtliches Versicherungsverhältnis zwischen Arbeitgeber und der Kasse mit der Aufgabe, den Arbeitnehmern der Kassenmitglieder eine zusätzliche Alters-, Berufs-, Erwerbsunfähigkeits- und Hinterbliebenenversorgung zu gewährleisten. Der Umlagesatz betrug im Berichtsjahr 4,75 %, zusätzlich wurde ein Sanierungszuschlag von 4,0 % erhoben.

6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen € 208.964,12

(2008 € 155.057,11)

Die Zusammensetzung der Abschreibungen im Einzelnen zeigt der dem Anhang beigefügte Anlagennachweis.

7. Sonstige betriebliche Aufwendungen € 262.275,69

(2008 € 263.300,71)

Aufgliederung:

	2009	2008
	€	€
Dienst- und Schutzkleidung	11.871,13	4.430,63
Unterhalt Ausstattungsgegenstände	8.782,91	3.471,66
VKE Stadt	70.000,00	81.300,00
VKE Entsorgungswerke	37.000,00	39.000,00
Pacht für Betriebsgebäude und -gelände	0,00	30.910,77
Betriebskosten Dienstgebäude	26.882,91	19.178,31
Telefonkosten	20.111,40	17.582,21
Tiefbaugebühren	2.536,88	620,96
Versicherungen	36.293,34	25.829,17
Bürobedarf	2.408,09	3.091,92
EDV-Kosten	7.347,66	3.787,48
Verluste aus Anlagenabgängen	867,83	7.411,10
Prüfungs- und Beratungskosten	9.620,50	10.500,00
Sonstige Aufwendungen	28.553,04	16.186,50
Insgesamt	**262.275,69**	**263.300,71**

8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge € 4.015,49

(2008 € 7.435,04)

9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen € 160.079,78

(2008 € 99.478,46

Die Zinsaufwendungen stiegen um T€ 61. Dies resultiert aus dem Zinsaufwand für Darlehen Neubau Bauhof mit T€ 155 und den Zinsen des Darlehens für die Beschaffung der Parkscheinautomaten in Höhe von T€ 5.

10. Sonstige Steuern		€	2.033,00
	(2008	€	2.469,73

Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um Kfz-Steuer.

11. Jahresergebnis		€	449.760,10
	(2008	€	114.972,18)

Zusammensetzung und Entwicklung der empfangenen Ertragszuschüsse zum 31. Dezember 2009

	Zuführung				Entnahme				Restbuchwert
	01.01.2009 EUR	Zugang EUR	Abgang EUR	31.12.2009 EUR	01.01.2009 EUR	Zugang EUR	Abgang EUR	31.12.2009 EUR	31.12.2009 EUR
Kanalbeiträge									
Haushalte SW	4.822.836,33	11.515,92	0,00	4.834.352,25	2.643.247,33	118.137,92	0,00	2.761.385,25	2.072.967,00
Gewerbe SW	3.889.366,16	12.001,47	0,00	3.901.367,63	1.225.782,16	113.108,47	0,00	1.338.890,63	2.562.477,00
Summe1:	**8.712.202,49**	**23.517,39**	**0,00**	**8.735.719,88**	**3.869.029,49**	**231.246,39**	**0,00**	**4.100.275,88**	**4.635.444,00**
Haushalte OW	5.844.522,82	12.248,57	0,00	5.856.771,39	3.318.246,82	144.047,57	0,00	3.462.294,39	2.394.477,00
Gewerbe OW	4.557.024,21	8.697,70	0,00	4.565.721,91	1.496.718,21	130.804,70	0,00	1.627.522,91	2.938.199,00
Summe 2:	**10.401.547,03**	**20.946,27**	**0,00**	**10.422.493,30**	**4.814.965,03**	**274.852,27**	**0,00**	**5.089.817,30**	**5.332.676,00**
Summe I:	**19.113.749,52**	**44.463,66**	**0,00**	**19.158.213,18**	**8.683.994,52**	**506.098,66**	**0,00**	**9.190.093,18**	**9.968.120,00**
Hausanschlüsse									
Haushalte	8.835.560,22	21.405,27	0,00	8.856.965,49	8.411.784,20	51.002,27	0,00	8.462.786,47	394.179,02
Gewerbe	779.133,95	12.918,29	0,00	792.052,24	546.291,40	12.389,29	0,00	558.680,69	233.371,55
Summe II:	**9.614.694,17**	**34.323,56**	**0,00**	**9.649.017,73**	**8.958.075,60**	**63.391,56**	**0,00**	**9.021.467,16**	**627.550,57**
Str.-Baulastträger									
Klassifizierte Str.	661.774,18	0,00	0,00	661.774,18	368.668,18	20.038,00	0,00	388.706,18	273.068,00
Inv.-Anteil Stadt	10.220.305,10	263.055,56	0,00	10.483.360,66	3.619.217,10	314.564,56	0,00	3.933.781,66	6.549.579,00
Summe III:	**10.882.079,28**	**263.055,56**	**0,00**	**11.145.134,84**	**3.987.885,28**	**334.602,56**	**0,00**	**4.322.487,84**	**6.822.647,00**
Beiträge von Gemeinden									
Kläranlage	4.197.897,71	9.165,44	0,00	4.207.063,15	2.780.730,71	138.510,44	0,00	2.919.241,15	1.287.822,00
Verbindungssammler	440.573,44	0,00	0,00	440.573,44	293.121,44	14.101,00	0,00	307.222,44	133.351,00
Summe IV:	**4.638.471,15**	**9.165,44**	**0,00**	**4.647.636,59**	**3.073.852,15**	**152.611,44**	**0,00**	**3.226.463,59**	**1.421.173,00**
insgesamt	**44.248.994,12**	**351.008,22**	**0,00**	**44.600.002,34**	**24.703.807,55**	**1.056.704,22**	**0,00**	**25.760.511,77**	**18.839.490,57**

Zusammensetzung und Entwicklung der Förderdarlehen zum 31. Dezember 2009 (Betriebszweig Abwasserbeseitigung)

Sachkonto-Nr.	Bank Darlehenskto.Nr.	Stand 01.01.2009	Zugang	Tilgung	Stand 31.12.2009	ursprüngliche Darlehenshöhe	Tilgung		Zinsen		Schuldurkunde vom	Laufzeit bis
		€	€	€	€	€	%		€	€		
310108	Fördermittel Land Rheinland- Pfalz DA 144	136.208,19	0,00	11.043,90	125.164,29	368.130,15	3,00	-	0,00	0,00	07.06.1984	01.06.2021
310109	Fördermittel Land Rheinland- Pfalz DA 146	109.927,74	0,00	7.669,38	102.258,36	255.645,94	3,00	-	0,00	0,00	07.06.1984	01.06.2023
310110	Fördermittel Land Rheinland- Pfalz DA 169	49.867,21	0,00	3.479,12	46.388,09	115.970,45	3,00	-	0,00	0,00	14.12.1987	01.06.2023
310111	Fördermittel Land Rheinland- Pfalz DA 178	139.367,94	0,00	9.300,40	130.067,54	306.775,13	3,00	-	0,00	0,00	12.01.1989	30.12.2023
	insgesamt	**435.371,08**	**0,00**	**31.492,80**	**403.878,28**	**1.046.521,67**						

Zusammensetzung und Entwicklung der Darlehen bei Kreditinstituten zum 31. Dezember 2009

Sachkonto-Nr.	Bank Darlehenskto.Nr.	Stand 01.01.2009	Zugang	Tilgung	Stand 31.12.2009	ursprüngliche Darlehenshöhe		Tilgung		Zinsen		Schuldurkunde vom	Zinssatz fest bis
		€	€	€	€	€	%		%				
31024	Kreditanstalt f. Wiederaufbau Nr. 1843416	881.532,58	0,00	881.532,58 Sondertilgung	0,00	1.278.229,70	3,00	+ e.Z.	3,95	4.449,29	28.05.1998	15.02.2009
310133/300215	Norddeutsche Landesbank Nr. 2583680129	584.251,08	0,00	158.737,41	425.513,67	2.556.459,41	2,00	+ e.Z.	5,35	28.284,60	25.11.1988	31.05.2012
310134	NRW.Bank Nr. 3 001 950 017	217.356,97	0,00	26.802,46	190.554,51	476.650,39	2,6294	+ e.Z.	5,30	10.993,06	01.03.1995	30.12.2015
	insgesamt	**1.683.140,63**	**0,00**	**1.067.072,45**	**616.068,18**	**4.311.339,50**				**43.726,95**		

Rechtliche und steuerrechtliche Verhältnisse

I. Rechtliche Verhältnisse

Firma:	Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR).
Sitz:	Landau in der Pfalz.
Stammkapital:	Das Stammkapital ist auf EUR 15.554.000,00 festgesetzt (§ 1 der Satzung).
Geschäftsjahr:	Kalenderjahr.
Organe der Gesellschaft:	Die Organe der AöR sind der Vorstand und der Verwaltungsrat (§ 4). Die Mitglieder der Organe werden namentlich im Anhang der AöR unter den ergänzenden Angaben aufgeführt. Im Berichtsjahr fanden sechs Sitzungen des Verwaltungsrates statt, in denen er sich mit folgenden wesentlichen Angelegenheiten der Anstalt befasst hat: - Änderung Abfallwirtschaftssatzung - Bestellung des Vorstandes - Änderung Abgabensatzung Abwasserbeseitigung - Beschluss Geschäftsordnung Verwaltungsrat - Wirtschaftsplan 2010 - Zwischenbericht zum 30. September 2009 - Änderung der Abfallgebührensatzung - Feststellung des Jahresabschlusses 2008 - Änderung der Abwassersatzung
Satzungen:	Satzung für Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts (EWL), in der Fassung vom 26. August 2009, in Kraft seit 5. September 2009.

Betriebszweig Abwasser:	Satzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau, - AöR - über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Abwassersatzung) vom 8. Mai 2009, in Kraft seit 19. Mai 2009.
Betriebszweig Abfall:	Satzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes Landau (EWL) über die Abfallwirtschaft (Abfallwirtschaftssatzung) vom 4. Februar 2009; in Kraft seit 6. Februar 2009.
Betriebszweig Straßenreinigung:	Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Reinigung der öffentlichen Straßen (Straßenreinigungssatzung) in der Fassung vom 9. September 2009; in Kraft seit 25. September 2009.
Wichtige Verträge:	Schleupen AG, Moers, Vertrag über die Softwarewartung (Finanz- und Anlagenbuchhaltung) vom 9. Januar 2004.
	Schleupen AG, Moers, Vertrag über die Softwarewartung (Verbrauchsabrechnung/Archivsoftware) – Vertragsbeginn: 1. Dezember 2007/1. März 2008.
	Athos GmbH, Sindelfingen, Vertrag über die Softwarewartung (Wiegeprogramm) vom 24. Juli 2000.
	TechniData IT-Service GmbH, Karlsruhe, Vertrag zur Erbringung von IT – Dienstleistungen vom 11. August 2009.
	EnergieSüdwest AG, Landau, Vertrag über die Lieferung von Strom vom 18. Juni 2007 (Vertragsbeginn: 1. Juli 2007).
	EnergieSüdwest AG, Landau, Vertrag über die Lieferung von Erdgas vom 17. November 2009 (Vertragsbeginn: 1. Januar 2010).

Betriebszweig Abwasser: Vertrag über die Lieferung von Datenextrakten aus der Verbrauchsabrechnung für Wasser der EnergieSüdwest AG vom 1. Januar 2006.

Vertrag mit Fa. Trillhof GmbH über den Abtransport und Verwertung von Sieb- und Rechenrückständen, Sandfangrückstände, Abfälle aus Kanalreinigung vom 3. Januar 2007 (Vertragsbeginn: 1. Februar 2007).

Vertrag mit Fa. Wefels über die Verwertung des auf der Kläranlage Landau anfallenden Klärschlammes vom 20. Februar 2006 (Vertragsende: 31. Januar 2009).

Vertrag mit Fa. DU Umwelt-Dienste GmbH über die Verwertung des auf der Kläranlage Landau anfallenden Klärschlammes vom 4. Februar 2009 (Vertragsbeginn: 1. Februar 2009).

Vertrag mit Fa. Dreisigacker GmbH & Co. KG über den baulichen Unterhalt des Kanalnetzes u.a. vom 3. August 2006 (Vertragsende: 30. September 2009).

Vertrag mit Fa. Simsek Bau GmbH, Herxheim, über den baulichen Unterhalt der Flächenkanalisation u.a. vom 24. August 2009 (Vertragsbeginn: 1. Oktober 2009).

Vertrag mit Bietergemeinschaft Fa. Müller/Fa. Baur vom 2. Oktober 2009 über die Tätigkeiten Kanalreinigung/TV-Untersuchungen vom 28. November 2006 (Vertragsende: 30. November 2009.

Vertrag mit Bietergemeinschaft Fa. Baur/Müller vom 28. November 2006 über die Tätigkeiten Kanalreinigung/TV-Inspektion von Entwässerungskanälen (Vertragsbeginn: 1. Dezember 2009).

Vertrag mit Fa. Arnold Müller GmbH über die Entleerung und das Abfahren des Abwassers aus geschlossenen Abwassergruben vom 17. Januar 2008 (Vertragsbeginn: 1. Februar 2008).

Betriebszweig Abfall:

Mietvereinbarung mit der Stadt Landau in der Pfalz über die Vermietung von Büro- und Nutzflächen vom 27. Juli 2000.

Nachtrag zur Mietvereinbarung mit der Stadt Landau in der Pfalz über die Vermietung von Büro- und Nutzflächen vom 2. April 2001.

Vertrag mit der Fa. Zeller Recycling GmbH über die Nutzung der Müllumschlaganlage vom 1. Dezember 2006 (Vertragsbeginn: 1. Januar 2007).

Verlade- und Beförderungsvertrag mit der Fa. Zeller Recycling GmbH vom 28. November 2006 (Vertragsbeginn: 1. Januar 2007).

Vertrag mit der Fa. Zeller Recycling GmbH über den Abtransport und Verwertung von Altholz vom 1. Dezember 2006 (Vertragsbeginn: 1. Januar 2007).

Vertrag mit der Fa. Zeller Recycling GmbH über den Abtransport und die Verwertung von Grünschnittmaterial vom 28. November 2006 (Vertragsbeginn: 1. Januar 2007).

Vertrag mit der Fa. Bormann GmbH & Co. KG (jetzt: Fa. SITA GmbH) über die Annahme, Verarbeitung und Vermarktung von Bioabfällen vom 11. Dezember 1995.

Vereinbarung mit der Fa. Remondis GmbH über die Übernahme, Behandlung und Verwertung von Bioabfällen (Spotmenge) vom 7. September 2009 (Vertragsbeginn: 1. August 2009).

Vertrag mit der Fa. Sita Kommunal Service Süd GmbH über die Verwertung von Altpapier (PPK) im Stadtgebiet Landau vom 10. November 2008 (Vertragsbeginn: 1. Januar 2009).

Vertrag mit der Fa. Remondis GmbH über das Aufstellen und Abfuhr von Wechselbehältern sowie Entladung/Entsorgung von Abfällen zur Beseitigung (Vertragsbeginn 1. April 2007).

Betriebszweig Straßenreinigung:

Vertrag mit der Fa. SITA Bormann GmbH über die öffentliche Straßenreinigung im Stadtgebiet Landau in der Pfalz vom 12. Juli 2006 (Vertragsbeginn: 1. Juli 2006).

Vertrag mit der Fa. Trillhof GmbH über den Abtransport und die Verwertung von Straßenkehricht vom 3. Januar 2007 (Vertragsbeginn: 1. Februar 2007).

II. Steuerrechtliche Verhältnisse

Bei der Anstalt handelt es sich um einen Hoheitsbetrieb, da die Anstalt damit dem Gesundheitswesen und dem Umweltschutz dient (§ 85 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 und Nr. 5 GemO, Abschnitt 9 Abs. 1 S. 2 KStR).

Da Hoheitsbetriebe nicht zu den Betrieben gewerblicher Art von juristischen Personen des öffentlichen Rechts gehören, ist eine Steuerpflicht der Anstalt nicht gegeben (§§ 1 Abs. 1 Nr. 6, 4 Abs. 5 S. 1 KStG, § 2 Abs. 1 S. 2 GewStG, § 2 Abs. 2 S. 1 GewStDV, § 2 Abs. 3 S. 1 UStG, § 3 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 2 GrStG).

Beim Betriebszweig Abfallfallentsorgung besteht im Rahmen der Papiersammlung ein Betrieb gewerblicher Art einer Körperschaft des öffentlichen Rechts. Er unterliegt damit grundsätzlich der Körperschaft- und Gewerbesteuerpflicht sowie als Unternehmer im Sinne des Umsatzsteuergesetzes der Umsatzsteuerpflicht. Die Umsatzsteuer wird von der Anstalt an das zuständige Finanzamt abgeführt.

Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts

IDW Prüfungsstandard:
Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG
(IDW PS 720)

Fragenkatalog zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse

FRAGENKREIS 1:

Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge

a) Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsanweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?

Organe der EWL sind der Vorstand und der Verwaltungsrat (§ 4 der Satzung vom 09.12.2008).
Der Vorstand führt die Geschäfte der EWL in eigener Verantwortung nach Maßgabe der Gesetze, der Satzung und der Beschlüsse des Verwaltungsrates. Er vertritt die AöR gerichtlich und außergerichtlich. Dem Vorstand obliegt die laufende Geschäftsführung, wozu insbesondere die Bewirtschaftung der im Erfolgsplan veranschlagten Aufwendungen und Erträge, der Einsatz des Personals, die rechtzeitige Aufstellung des Wirtschaftsplanes und weiterer sonstige Angelegenheiten gehört. Weitere Einzelheiten sind in § 5 der Anstaltssatzung geregelt.
Der Verwaltungsrat (§ 6 der Satzung) als weiteres Organ der Anstalt wird vom Stadtrat der Stadt Landau in der Pfalz für die Dauer von fünf Jahren gewählt.
Der Verwaltungsrat überwacht die Geschäftsführung des Vorstandes und entscheidet insbesondere über den Erlass von Satzungen, über die Festsetzung von Gebühren und weitere in § 7 der Anstaltssatzung genannte Angelegenheiten, wobei bei verschiedenen Angelegenheiten der Beschluss des Verwaltungsrates der Zustimmung des Stadtrates bedarf. Durch die in der Anstaltssatzung behandelten zustimmungspflichtigen Geschäfte und Maßnahmen sowie durch die Berichte des Vorstandes sind Verwaltungsrat und Stadtrat in den Entscheidungsprozess nach unseren Feststellungen sach- und bedarfsgerecht eingebunden.
Der Verwaltungsrat hat sich zum 27.02.2009 eine Geschäftsordnung gegeben. Der Geschäftsverteilungsplan wird derzeit überarbeitet. Über die Anstaltssatzung hinausgehende Weisungen des Verwaltungsrates zur Organisation für die Geschäftsleitung (Vorstand) liegen nicht vor.

b) Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?

Der Verwaltungsrat trat im Jahr 2009 zu insgesamt sechs Sitzungen zusammen. Der Stadtrat hat sich in acht Sitzungen mit Angelegenheiten der Anstalt befasst. Über die Sitzungen des Stadtrates und des Verwaltungsrates wurden Protokolle erstellt.

c) In welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i. S. d. § 125 Abs. 1 Satz 3 AktG sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?

Der Vorstand ist nach den uns erteilten Auskünften Mitglied des Verbandsgemeinderates der Verbandsgemeinde Herxheim in der Pfalz und in dieser Funktion im Verwaltungsrat der Verbandsgemeinde Herxheim vertreten.

d) Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?

Der Betrieb beruft sich auf die Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB. Im Stellenplan zum Wirtschaftsplan sind die Besoldungs-/Entgeltsgruppen dargestellt. Die Geschäftsordnung des Verwaltungsrates enthält in § 26 die Regelungen der Aufwandsentschädigung der Verwaltungsratsmitglieder.

FRAGENKREIS 2:

Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen

a) Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?

Die für den gesamten Bereich der Stadtverwaltung Landau geltende allgemeine Geschäftsanweisung, die den Geschäfts-/Dienstbetrieb regelt, gilt derzeit noch für die Anstalt. Im Übrigen ist die Aufstellung einer allgemeinen Geschäftsanweisung speziell für die Anstalt derzeit in Bearbeitung.

In dem bei der Stadt Landau vorliegenden Geschäftsverteilungsplan (Stand 1. September 1998) ist geregelt, welche Aufgaben den einzelnen Ämtern bzw. bestehenden Eigenbetrieben/Anstalten zur Aufgabenerledigung übertragen sind.

Es liegt ein Dienstverteilungsplan (Stand 03. Juli 2008) und Organisationsplan vor, aus dem sich Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und die Zuständigkeiten ergeben. Die Ausgliederung des Bauhofs auf die EWL ist in dem Geschäftsverteilungsplan noch nicht berücksichtigt.

Funktionstrennungen sind durch die unterschiedlichen Aufgabenstellungen im Allgemeinen gegeben. Soweit wir dies im Rahmen der Abschlussprüfung feststellen konnten, zeigten sich hier keine nennenswerten Abweichungen zwischen den vorgegebenen Organisationsstrukturen und den tatsächlichen Handhabungen. Die regelmäßige Überprüfung des Organisationsplans ist nach unseren Feststellungen gewährleistet.

Weitere Regelungen, insbesondere über Zuständigkeiten, ergeben sich aus der EigAnVO sowie der Satzung der Anstalt.

Nach unseren Feststellungen bestehen aufgrund der bestehenden Dienstanweisungen und Stellenbeschreibungen geeignete Richtlinien für wesentliche Entscheidungsprozesse im notwendigen Umfang. Soweit erkennbar, werden sie beachtet.

b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?

Es ergaben sich keine Anhaltspunkte, allerdings wäre eine Überarbeitung erforderlich.

c) Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?

Es gelten hier die Bestimmungen der Dienstanweisung zur Regelung der Annahme von Zuwendungen vom 1. März 2000 der Stadt Landau in der Pfalz. Weiterhin gilt die Organisationsverfügung zur Behandlung von Ausschreibungen und Vergabeverfahren vom 17. Dezember 2008 und die Organisationsverfügung über die Verfahrensweisen der Stadt Landau in der Pfalz i.V.m. dem vereinfachten Vergabeverfahren für freihändige Vergaben und beschränkte Ausschreibungen bei Bauleistungen (VOB/A) sowie Lieferungen und Dienstleistungen (VOL/A) vom 30. März 2009. Die Organisationsverfügung vom 17. Dezember 2008 regelt die Beteiligung der Zentralen Vergabestelle an allen Ausschreibungsverfahren. Gemäß Beschluss des Verwaltungsrates vom 07.05.2009 können die Regelungen des Landes Rheinland-Pfalz zur Beschleunigung von Vergabeverfahren gemäß dem Schreiben des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau vom 13.02.2009 auch für den Geltungsbereich des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau angewandt werden.

d) Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?

Es gelten hier insbesondere die Bestimmungen der GemO Rhld-Pf, der GemHVO, der VOL/VOF, der VOB und der EigAnVO. Der vom Verwaltungsrat und Stadtrat zu beschließende Wirtschaftsplan gibt den Entscheidungsrahmen für den Vorstand. Die Ausschreibungen werden nach diesen Vorgaben vorbereitet und unter Beachtung der einschlägigen Vorschriften durchgeführt. Die Durchführung der Auftragsvergabe ist in der "Organisationsverfügung hinsichtlich der Behandlung von Ausschreibungs- und Vergabeverfahren im Bereich der Stadtverwaltung Landau" geregelt. Gemäß Ziffer II Absatz 2 ist der EWL an diese Verfügung gehalten.

Bei Neuaufnahmen und Umschuldungen von Krediten werden grundsätzlich verschiedene Angebote eingeholt.

Im Rahmen unserer Pflichtprüfung haben wir keine von diesen Vorgaben abweichenden Handlungen festgestellt, die Anlass zu Beanstandungen geben würden.

e) Besteht eine ordnungsgemäße Dokumentation von Verträgen (z. B. Grundstücksverwaltung, EDV)?

Es existiert ein zentrales Vertragsregister in der Verwaltungsabteilung. Für den Bereich EDV liegt eine separate Dokumentation vor. Im Wesentlichen wird darin die Verwaltung der Hardware- und Software (permanente Prüfung und Fortschreibung der vorhandenen Softwarelizenzen) erfasst.

FRAGENKREIS 3:

Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling

a) Entspricht das Planungswesen - auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten - den Bedürfnissen des Unternehmens?

Der jährlich gemäß § 33 EigAnVO Rhld-Pf aufzustellende Wirtschaftsplan mit Investitionsprogramm bietet einen ausreichenden Planungshorizont und entspricht den Bedürfnissen der Anstalt. Wirtschaftspläne werden für jeden Betriebszweig gesondert aufgestellt und verfolgt.

b) Werden Planabweichungen systematisch untersucht?

Eine systematische Untersuchung und Analyse der Planabweichungen ist für größere Abweichungen während des Jahres und außerdem im Rahmen des Jahresabschlusses vorgesehen.
Hierzu wurde ein separates Projektcontrolling eingeführt; es erfolgt in regelmäßigen Abständen die Berichterstattung der wesentlichen Veränderungen durch die Abteilungsleiter an den Vorstand.
Kritische Bereiche (z.B. der BgA Papierverwertung) werden im Rahmen eines permanenten Soll/Ist-Vergleiches geprüft.
Im Rahmen unserer Prüfung haben sich keine Hinweise darauf ergeben, dass nicht entsprechend verfahren wird. Im Übrigen informiert der Vorstand schriftlich in Anwendung von § 21 EigAnVO Rhld-Pf mindestens einmal jährlich den Verwaltungsrat in einem Zwischenbericht über die Abwicklung des Vermögens- und Erfolgsplanes.

c) Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?

Es ist eine kaufmännische doppelte Buchführung eingerichtet. Das Rechnungswesen ist DV-gestützt; hierbei wird die Software der Fa. Schleupen AG, Moers, bestehend aus folgenden Programmpaketen, eingesetzt:

- Rechnungswesen (Finanzbuchhaltung, Kostenrechnung, Gebührenabrechnung),
- Anlagenbuchhaltung.

Für die Abrechnung der Anlieferungsgebühren auf der Müllumschlaganlage wird ein von der Fa. ATHOS, Sindelfingen, entwickeltes Abfallwirtschaftsprogramm (AWS-Abfallwirtschaftssystem) angewendet.

Im Bereich des Bauhofs befindet sich die Software "Regie 68" der Fa. Menke EDV Zubehör GmbH, Beckum, im Einsatz, welche im Wesentlichen zur Erfassung der geleisteten Einsatzstunden mit anschließender Fakturierung dient. Diese Software wurde speziell für die spezifischen Belange von Bauhöfen entwickelt.

Die verfahrensübergreifende Organisation der EDV im Rechnungswesen entspricht den gesetzlichen Vorschriften und anerkannten Regeln. Es wird danach entsprechend verfahren.

d) Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u. a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?

Im Rahmen der Vermögensplanüberwachung werden Finanz- und Kreditüberwachung durchgeführt.

e) Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?

Mit der Stadt besteht ein zentrales Cash-Management.

f) Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?

Es ist sichergestellt, dass eine zeitnahe Rechnungsstellung der Gebühren erfolgt und Abschlagszahlungen in angemessenem Rahmen eingefordert werden.

g) Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/Konzernbereiche?

Der Betrieb verfügt über keine eigenständige Controllingabteilung, allerdings stehen Unterlagen des Rechnungswesens als Entscheidungsgrundlage für Führungskräfte und Kontrollgremien für Wirtschaftsplanung, Entgeltkalkulationen und Projektplanungen ausreichend zur Verfügung.

h) Ermöglichen das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?

Die Stadt Landau war bisher Mitglied beim Zweckverband Abfallverwertung Südwestpfalz (ZAS). In der Sitzung der Verbandsversammlung am 08.12.2009 wurde beschlossen, die Verbandsordnung und die bisherige Mitgliedschaft der Stadt Landau mit allen Rechten und Pflichten auf den Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts, zu übertragen.
Die Zustimmung hierzu erfolgte durch Beschluss des Stadtrates der Stadt Landau. Eine Steuerung und Überwachung des ZAS ist mit dem vorhandenen Rechnungs- und Berichtswesen in eingeschränktem Umfang vorhanden.

FRAGENKREIS 4:

Risikofrüherkennungssystem

a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?

Im Jahr 2002 wurde unter Mitwirkung der Fa. PriceWaterhouseCoopers (PwC) AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, ein Risikomanagement eingerichtet und eine Risikorichtlinie erstellt, welche am 3. April 2003 mit Zustimmung des Verwaltungsrates in Kraft gesetzt wurde. Durch Gründung der Anstalt zum 01. Januar 2009 als Rechtsnachfolger wurde die bestehende Risikorichtlinie übernommen und zum 01.01.2009 überarbeitet.

Im Rahmen der Risikoerhebung und Dokumentation sind zweimal jährlich zum 28.02. bzw. 31.08. (jeweils einen Monat vor Erstellung des Lageberichts und des Zwischenberichts) die Risikoerhebungsbögen von den jeweils risikoverantwortlichen Mitarbeitern zu aktualisieren und dem Risikokoordinator zwecks Prüfung weiterzuleiten. Der Risikokoordinator stellt alle Risiken, die "immer einer gesonderten Beachtung bedürfen", in einer Gesamt-Risikoübersicht zusammen und berichtet rechtzeitig vor Erstellung des Lageberichtes und des Zwischenberichtes (30. September des Kalenderjahres) dem Vorstand. Der Vorstand informiert regelmäßig den Verwaltungsrat bei der Vorstellung des Zwischenabschlusses bzw. des Jahresberichtes und im Rahmen der Erstellung des Lageberichts, wobei die Unterrichtung des Verwaltungsrats im Wirtschaftsjahr 2009 am 06. Oktober 2009 erfolgte.

Im Bereich der Abwasserentsorgung wurde der Fa. DAR-Deutsche Abwasser-Reinigungs-Gesellschaft mbH in Wiesbaden der Auftrag zur Erstellung einer Dienst- und Betriebsanweisung in den Bereichen Kanalisation/Kläranlage erteilt.

Diese Anweisungen beinhalten u. a. genau geregelte Dienst- u. Betriebsanweisungen, Alarmpläne, Ex-Zonenpläne sowie Dokumentationen zur Gefährdungsbeurteilung bzw. Gefahrstoffverordnung. Seit dem Jahr 2006 sind die Anweisungen komplett in Kraft gesetzt.

Im Bereich der Abteilung Bauhof werden derzeit die bestehenden Dienstanweisungen überarbeitet und u.a. auch die Gefährdungsbeurteilungen aktualisiert.

Im Rahmen der Forderungsüberwachung werden durch den Vorstand monatliche Auswertungen erstellt. Diese dienen als Grundlage für die Bewertung einzelner Forderungen.

b) Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?

Die unter Punkt a) genannten Maßnahmen sind geeignet, Risiken zu erkennen.

c) Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?

Eine entsprechende Dokumentation in Form von Berichten etc. findet statt. Wie bereits unter Frage a) erwähnt, ist eine umfassende Dokumentation, insbesondere im Bereich der Abwasserbeseitigung, erstellt worden.

d) Werden die Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?

Vgl. Punkt 4 a).

FRAGENKREIS 5:

Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate

a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung den Geschäftsumfang zum Einsatz von Finanzinstrumenten sowie von anderen Termingeschäften, Optionen und Derivaten schriftlich festgelegt? Dazu gehört:

- **Welche Produkte/Instrumente dürfen eingesetzt werden?**
- **Mit welchen Partnern dürfen die Produkte/Instrumente bis zu welchen Beträgen eingesetzt werden?**
- **Wie werden die Bewertungseinheiten definiert und dokumentiert und in welchem Umfang dürfen offene Posten entstehen?**
- **Sind die Hedge-Strategien beschrieben, z. B. ob bestimmte Strategien ausschließlich zulässig sind bzw. bestimmte Strategien nicht durchgeführt werden dürfen (z. B. antizipatives Hedging)?**

Da der Betrieb nicht mit den entsprechenden Finanzinstrumenten arbeitet, entfällt die Beantwortung dieses Fragenkreises.

FRAGENKREIS 6:

Interne Revision

a) Gibt es eine den Bedürfnissen des Unternehmens/Konzerns entsprechende Interne Revision/Konzernrevision? Besteht diese als eigenständige Stelle oder wird diese Funktion durch eine andere Stelle (ggf. welche?) wahrgenommen?

Das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Landau nimmt die Aufgabe der internen Revision wahr und führt u. a. Prüfungen von Eingangs- und Ausgangsrechnungen etc. durch. Grundlage ist die bestehende Dienstanweisung für das Rechnungsprüfungsamt zur Prüfung von Sondervermögen vom 08. November 2006. Wesentliche Beanstandungen ergaben sich nach den uns erteilten Auskünften nicht. Der Prüfungsbericht des Landesrechnungshofes über die durchgeführte Prüfung im Jahr 2005 lag zum Prüfungszeitpunkt vor. Er enthielt keine wesentlichen Beanstandungen.

FRAGENKREIS 7:

Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans

a) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?

Im Rahmen unserer Prüfung ergaben sich keine Anhaltspunkte für eine Umgehung der Zustimmung durch das Aufsichtsgremium.

b) Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?

Im Berichtsjahr wurden Kredite weder an den Vorstand nach an Mitglieder des Verwaltungsrats gewährt.

c) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z. B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?**

Nein, hierfür ergaben sich keine Anhaltspunkte.

d) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?**

Nein, der Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau AöR erfüllt seine satzungsgemäßen (hoheitlichen) Aufgaben.

FRAGENKREIS 8:

Durchführung von Investitionen

a) **Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?**

Für die Investitionen liegt im Rahmen des Wirtschaftsplanes jeweils eine Investitionsplanung vor, die sich im Wesentlichen aus den Erfordernissen der Geschäftsentwicklung oder bestimmten gesetzlichen Aufgaben ergibt. Wesentliche Investitionen werden hierzu nach den technischen Bestimmungen der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. (D WA) geprüft.

b) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z. B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?**

Es wurden keine Grundstücke veräußert. Im Übrigen erfolgt die Vergabe von Investitionen nach den Bestimmungen der vergaberechtlichen Vorschriften (VOB/VOL u. a.).

c) **Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?**

Soweit wir feststellen konnten, werden bei baulichen Investitionsmaßnahmen sog. Auftragskontrollen und -abrechnungen erstellt, die bei Überschreitungen von Vertragssummen Begründungen vorsehen. Es besteht ferner ein laufendes Projektcontrolling durch die jeweiligen Abteilungsleiter für die einzelnen Abteilungen.

d) Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?

Wesentliche Überschreitungen haben wir im Rahmen unserer Prüfung nicht festgestellt.

e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?

Liegt nicht vor. Unsere Prüfung ergab keinerlei Anhaltspunkte dafür.

FRAGENKREIS 9:

Vergaberegelungen

a) Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelungen (z. B. VOB, VOL, VOF, EU-Regelungen) ergeben?

Im Rahmen unserer Jahresabschlussprüfung haben sich keine Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelungen ergeben.

b) Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegelungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z. B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?

Nach den uns erteilten Auskünften werden in der Regel Konkurrenzangebote eingeholt.

FRAGENKREIS 10:

Berichterstattung an das Überwachungsorgan

a) Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?

Die laufende Unterrichtung des Verwaltungsrates erfolgte durch den Vorstand in Form des Zwischenberichtes zum 29. Oktober 2009 gemäß § 5 Abs. 6 der Satzung i.V. m. § 21 EigAnVO Rheinland-Pfalz und des Lageberichts gemäß § 36 EigAnVO sowie in sechs Sitzungen des Verwaltungsrates.

b) Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens-/Konzernbereiche?

Wir haben im Rahmen unserer Prüfung keine Anhaltspunkte dafür erhalten, dass die Berichte keinen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Betriebes vermitteln.

c) Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?

Ungewöhnliche oder risikoreiche Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen, über die zu berichten wäre, lagen nicht vor. Die laufende Unterrichtung der Mitglieder des Verwaltungsrates erfolgte durch den Vorstand in sechs Sitzungen des Verwaltungsrates.

d) Zu welchen Themen hat die Geschäfts-/Konzernleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?

Nach den Protokollen der Verwaltungsratssitzungen ergaben sich keine wesentlichen Wünsche zur Berichterstattung.

e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z. B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?

Im Rahmen unserer Prüfung wurden keine Anhaltspunkte festgestellt.

f) Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?

Es gibt weder für den Vorstand noch für den Verwaltungsrat eine D&O-Versicherung.

g) Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offen gelegt worden?

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir keine Anhaltspunkte für derartige Sachverhalte entdeckt.

FRAGENKREIS 11:

Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven

a) Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?

Nicht betriebsnotwendiges Vermögen haben wir im Rahmen unserer Prüfung nicht festgestellt. Das Vermögen dient betrieblichen Zwecken und ist regelmäßig bis zum Ende der Nutzungsdauer gebunden.

b) Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?

Dafür ergaben sich im Rahmen der Jahresabschlussprüfung keine Hinweise. Die Vorratsbestände sind insgesamt von untergeordneter Bedeutung.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?

Dafür ergaben sich im Rahmen der Jahresabschlussprüfung keine Hinweise. Eine Verwertung des wesentlichen Vermögens im Abwasserbereich ist ohnehin nicht möglich, das Vermögen ist hoheitlichen Zwecken gewidmet und im Betrieb gebunden. Stille Reserven können beim Kanalnetz und den Kläranlagen grundsätzlich nicht realisiert werden.

FRAGENKREIS 12:

Finanzierung

a) Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?

Das langfristige Vermögen bereinigt um die Finanzanlagen (TEUR 70.494) ist vollständig mit langfristigem Kapital gedeckt. Das Eigenkapital einschließlich eigenkapitalähnlicher Posten beträgt zum Abschlussstichtag TEUR 79.506. Das langfristige Fremdkapital beläuft sich auf TEUR 1.022. Für die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen stehen genügend liquide Mittel zur Verfügung.

b) Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?

Entfällt, da die Anstalt keinem Konzern angehört.

c) In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?

Die Anstalt hat im Berichtsjahr keine Finanz-/Fördermittel der öffentlichen Hand erhalten.

FRAGENKREIS 13:

Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung

a) Bestehen Finanzierungsprobleme aufgrund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?

Es bestehen keine Finanzierungsprobleme.

b) Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?

Der Jahresgewinn 2009 soll der allgemeinen Rücklage zugeführt werden. Diesen Gewinnverwendungsvorschlag halten wir mit der wirtschaftlichen Situation der Anstalt vereinbar.

FRAGENKREIS 14:

Rentabilität/Wirtschaftlichkeit

a) Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzerns nach Segmenten/ Konzernunternehmen zusammen?

Am Jahresergebnis 2009 sind die einzelnen Betriebszweige wie folgt beteiligt:

	2009	2008
	€	€
Abwasserbeseitigung	863	595
Abfallentsorgung	446	598
Straßenreinigung	63	60
Bauhof	450	115
Insgesamt	**1.822**	**1.368**

Somit wurde insgesamt eine angemessene Verzinsung des eingesetzten Anlagekapitals erwirtschaftet. Das Ergebnis soll der Verstärkung der Rücklagen dienen.

b) Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?

Das Jahresergebnis ist im Berichtsjahr entscheidend von der Passivierung der Pensionsverpflichtung geprägt worden. In diesem Zusammenhang entstanden periodenfremde Erträge in Höhe von TEUR 1.147 und periodenfremde Aufwendungen in Höhe von TEUR 2.019.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?

Im Verhältnis zur Stadt werden die Leistungsbeziehungen angemessen vergütet. Dies gilt für gewährte Ausleihungen und die liquiden Mittel, die der Anstalt zur Verfügung gestellt werden.

d) Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?

Entfällt aufgrund der bestehenden Geschäftstätigkeit, die wegen fehlender gesetzlicher Grundlagen eine Konzessionsabgabe nicht vorsieht.

FRAGENKREIS 15:

Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen

a) Gab es verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und was waren die Ursachen der Verluste?

Alle Betriebszweige erwirtschafteten einen Jahresüberschuss.

b) Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?

Vergleiche hierzu die Antwort zu Ziffer 16 a).

FRAGENKREIS 16:

Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage

a) Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?

Entfällt, da die Anstalt insgesamt einen Jahresüberschuss erwirtschaftete.

b) Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?

Vergleiche hierzu die Antwort zu Ziffer 16 a).